



**Universität für Bodenkultur Wien**

# **PRESSESPIEGEL**

**Mittwoch, 4. Mai 2022**



# Inhaltsverzeichnis

Ein Auftrag für die Ex-Ministerin Falter vom 04.05.2022 (Seite 14)	Seite 3
Der 617. Vater für die Alma Mater Falter vom 04.05.2022 (Seite 16)	Seite 5
VOLL VERBAUT Falter vom 04.05.2022 (Seite 42-45)	Seite 7
Wir haben Erdöl auf dem Teller Kronen Zeitung vom 04.05.2022 (Seite 27)	Seite 12
Neues „Sonnenfeld“ liefert Strom und Nahrung Kurier vom 04.05.2022 (Seite 18)	Seite 13
Sensationsfund zwischen Möbel NÖN vom 04.05.2022 (Seite 13)	Seite 14
Konzert „Jazz am Campus“ NÖN vom 04.05.2022 (Seite 19)	Seite 15
Fünfte Generation arbeitet mit NÖN vom 04.05.2022 (Seite 31)	Seite 16
Erste Ideen für „Längsten Park Europas“ NÖN vom 04.05.2022 (Seite 32)	Seite 17
Wie kann die Region gestärkt werden? NÖN vom 04.05.2022 (Seite 37)	Seite 18
Wie Humus zum Klimaschutz beiträgt orf.at vom 04.05.2022	Seite 19
Wenn Atomkraftwerke zu Kriegsschauplätzen werden derstandard.at vom 04.05.2022	Seite 21
Kriegsalarm im Atomkraftwerk Der Standard vom 04.05.2022 (Seite 17)	Seite 23
Den Vogeltankstellen geht das Wasser aus Der Standard vom 04.05.2022 (Seite 18)	Seite 25
Sie backen seit 60 Jahren bz - Wiener Bezirkszeitung vom 04.05.2022 (Seite 9)	Seite 27
Die Flugshow als Vorbild WOCHE Steiermark vom 04.05.2022 (Seite 6)	Seite 28
Gleisdorf stellt sich Zukunftsfragen WOCHE Steiermark vom 04.05.2022 (Seite 4-5)	Seite 29
Internationale Vernetzung der besten Ideen für mehr Klimaschutz im Forst lko.at vom 03.05.2022	Seite 30
Neues „Sonnenfeld“ liefert Strom und Nahrung kurier.at vom 03.05.2022	Seite 31
Wie Humus zum Klimaschutz beiträgt orf.at vom 03.05.2022	Seite 32
Austro Vin Tulln vom 5. bis 7. Mai 2022 packaging-austria.at vom 03.05.2022	Seite 34

<b>"Sonnenfeld Bruck/Leitha": Spatenstich für Agri-Photovoltaik-Leuchtturmprojekt</b> oekonews.at vom 03.05.2022	Seite 35
<b>Der 617. Vater für die Alma Mater</b> falter.at vom 03.05.2022	Seite 37
<b>Voll verbaut</b> falter.at vom 03.05.2022	Seite 39
<b>Internationale Vernetzung der besten Ideen für mehr Klimaschutz im Forst</b> aiz.info vom 03.05.2022	Seite 44
<b>Regierungssitzung 4 – Kärntner Klimastrategie vor Finalisierung</b> ktn.gv.at vom 03.05.2022	Seite 45
<b>Care for Paris Wald – Holz – Klima</b> proholz.at vom 03.05.2022	Seite 47

"Falter" Nr. 18/2022 vom 04.05.2022 Seite 14 Ressort: Politik Von: BERICHT: EVA KONZETT

## Ein Auftrag für die Ex-Ministerin

### **Hat ein Spitzenbeamter von Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck Aufträge an Sophie Karmasin geschoben? Einiges spricht dafür. Das interessiert jetzt auch die Justiz**

Das Schreiben ist konziliant gehalten, am 6. Februar 2019 um 10.59 Uhr verschickt es ein Abteilungsleiter des Wirtschaftsministeriums. Es enthält eine Absage für ein renommiertes Team aus Unternehmensberatern, das sich um den Auftrag für die Erstellung des neuen Leitbilds beworben hat. Fünf Mitarbeiter hätte der Geschäftsführer für das Projekt abgestellt, zur "Sonderkondition" von durchschnittlich 1700 Euro pro Tag. Den Aufwand bezifferte er mit ca. 80 Einsatztagen. Auch Referenzen hat er angeheftet: acht Ministerien, internationale Konzerne, Universitäten, Kultureinrichtungen.

Trotzdem zieht er den Kürzeren. Die Entscheidung sei nach einem "längeren Prozess" gefallen, teilt ihm das Wirtschaftsministerium mit. Letztlich seien zwei "sehr sehr gute Angebote" gegeneinander angetreten. Das ist insofern bemerkenswert, als an diesem 6. Februar die Zweitbieterin, Sophie Karmasin und ihr Unternehmen Karmasin Research & Identity, ihr finales Angebot noch gar nicht übermittelt hat. Das geht aus internen Unterlagen hervor, die dem Falter vorliegen.

Karmasins finale Offerte trudelt erst zwei Tage später, am 8. Februar 2019, im Ministerium ein. Um die Expertise aufzufetten, will sie sich mit einer Subunternehmerin zusammentun. Tagsatz: 2300 Euro. Adressiert ist die Offerte auch nicht an den zuständigen Beamten, sondern direkt an den "lieben Michael", also den Generalsekretär und Kabinettschef von Margarete Schramböck, Michael Esterl. Begleittext: "Herzlichen Dank für das gemeinsame Gespräch, dessen Inhalte wir in unserem aktualisierten Konzept und Angebot entsprechend berücksichtigt haben."

Hat da ein Kabinettsmitarbeiter geholfen, das Angebot entsprechend nachzubessern? Warum sagt das Ministerium Bietern ab, bevor alle Angebote auf dem Tisch liegen? Das Ministerium will sich zur Causa nicht äußern und verweist auf die WKStA, die Ermittlungen gegen Schramböck prüft. Nur so viel: Am 18. Jänner 2019 habe Karmasin das erste, im Vergleich zum anderen Bieter schon günstigere Angebot gelegt. Drei Wochen später dann ein weiteres, mit nochmals reduziertem Kostenvoranschlag.

So oder so: Am 19. März 2019 unterschreibt Karmasin den Werkvertrag mit dem Ministerium. Die Vergabe wird in den Unterlagen unter anderem mit dem "preislich günstigsten" Angebot gerechtfertigt. Das geht sich nur deshalb aus, weil Karmasin mit "maximal" 30 Beratertagen weniger als die Hälfte des Aufwands ihres Konkurrenten angibt. Und anschließend einfach laufend Folgeanträge bekommt.

Dreimal wird das Ministerium bei Karmasin bestellen: 2019 um 79.200 Euro, ein Jahr später um 30.000 und dann noch Corona-Nachhilfe für Abteilungsleiter um 6000 Euro (mit Umsatzsteuer). Der letzte Auftrag geht auf den expliziten Wunsch des "HGS" zurück, also auf Herrn Generalsekretär Michael Esterl, so steht es in einem E-Mail. Esterl äußert sich nicht dazu.

Auch das Herzstück des neuen Leitbilds, eine 32-seitige Corona-bedingt online abgehaltene Präsentation vom 12.11.2020, liegt dem Falter vor. Das Ministerium hat auf Anfrage die Echtheit nicht dementiert. Viele Bubbles, viel Weißraum, Allgemeinplätze. Demnach will das Ministerium "Motor und Gestalter der Digitalisierung sein". Ein Weihnachtsgruß mit den Leitbildideen wird angedacht. Katechistisch angehaucht die neuen Leitsätze mit dem schönen Schluss: "Jetzt und in Zukunft." Und agil soll der Führungsstil im Hause werden, mit der eigenen agilen "Toolbox".

Der Falter hat die Präsentation - im Wesentlichen der erste Auftrag in Höhe von 79.800 Euro - Fachleuten aus der Branche vorgelegt. Ihr Urteil: Das Ganze sei doch sehr "überschriftenlastig", nicht sonderlich profund, im Umfang aber nicht "schamlos" bepreist. Laut Ministerium sollen dafür

20 Interviews und eine Onlineumfrage unter den 700 Mitarbeitern des Hauses stattgefunden haben.

Und: "Nicht schamlos" wäre es nur, so die Fachleute, wenn den Überschriften Projekte folgten. Taten sie das? Für die Implementierung hat Karmasins Unternehmen Karmasin Research & Identity noch einmal zwölf Beratertage à 2083 Euro angefordert. Einen entsprechenden Abschlussbericht oder eine Dokumentation konnte das Ministerium bei einer Anfrage vom 11. März 2022 nicht finden. Später sprach man von rund 40 Meetings mit einer Steuerund Arbeitsgruppe. Die interne Revision des Ministeriums schaut sich den Zuschlag derzeit an.

Mitarbeiter aus dem Wirtschaftsministerium, mit denen der Falter gesprochen hat, wollen abgesehen von neuen Laptoptaschen und einem Plakat mit dem neuen Leitbild und dem Slogan: "Wir gestalten Zukunft" jedenfalls wenig vom neuen Leitbild mitbekommen haben.

Der Falter hat Norbert Wess, den Anwalt von Sophie Karmasin, zur Causa kontaktiert. Karmasin habe die weiteren Angebote an den zuständigen Abteilungsleiter geschickt, sagt Wess. An welche Adresse das Erstangebot gegangen sei, könne sie nicht mehr zurückverfolgen.

Fest steht: Adressiert ist es direkt an Generalsekretär Michael Esterl. Er soll sich für die Leitung der Präsidialsektion im Wirtschaftsministerium beworben haben. Sie gilt als mächtigster Bereich im Haus. Erstaunlicherweise scheint in der Ausschreibung erstmals nicht mehr das Kriterium eines abgeschlossenen Jus-Studiums auf. Esterl hat seinen Abschluss an der Universität für Bodenkultur gemacht.

*Ministerin Schramböck mit Generalsekretär Esterl: Wurde Auftrag an Karmasin geschoben?*

*Beschuldigte Ex-Ministerin Karmasin: WKStA ermittelt*

"Falter" Nr. 18/2022 vom 04.05.2022 Seite 16 Ressort: Wissenschaft Von: PORTRÄT: ANNA GOLDENBERG

## Der 617. Vater für die Alma Mater

### **Die Universität Wien macht den Kunsthistoriker Sebastian Schütze zu ihrem neuen Rektor. Wie konnte er sich durchsetzen?**

Aus den Fingern der jungen Frau ragen Blätter, ihre Zehen ähneln Wurzeln, um ihren nackten Körper rankt sich Baumrinde. Ihr Blick ist verzweifelt. Die Nymphe Daphne entkommt dem Gott Apollo, indem sie sich in einen Lorbeerbaum verwandelt. Der italienische Bildhauer Gian Lorenzo Bernini schuf die Marmorskulptur im 17. Jahrhundert.

"Damit hat der junge Bernini den Wettstreit mit der antiken Skulptur für sich entschieden", sagt Sebastian Schütze. Für einen Kunsthistoriker wie ihn ist die Frage nach dem liebsten Werk eine schwierige, doch der 60-Jährige tut sein Bestes, eine Antwort zu geben. Fragen beantworten, das muss er künftig ohnehin öfters. Denn seit vergangenem Samstag steht fest, dass Schütze der neue Rektor der Universität Wien ist.

Ab 1. Oktober leitet er die größte deutschsprachige Universität, einen Riesentanker mit 89.000 Studierenden, 10.300 Angestellten und einem jährlichen Budget von rund 630 Millionen Euro. Vier Jahre dauert seine Amtszeit, zweimal kann sie verlängert werden. Das macht Schütze zu einem mächtigen Mann.

So manche an der Uni googelten dennoch am Wochenende seinen Namen. Am 1. Oktober 2009 trat Schütze hier eine Professur am Institut für Kunstgeschichte an, mehrere Jahre lang leitete er das Institut, seit vier Jahren ist er Dekan der historischkulturwissenschaftlichen Fakultät. Hört man sich unter jenen Universitätsangehörigen um, die ihn kennen, fällt kein schlechtes Wort über den gebürtigen Düsseldorfer. Gut im Umgang mit Menschen, bestimmt in seinen Entscheidungen, aber respektvoll in der Kommunikation. Charmant, vielsprachig und, ja, auch gutaussehend, aber nicht, dass das eine Rolle spielt.

Wichtiger ist vielmehr, dass Schütze in der Kunstgeschichte als angesehen gilt. Zu seinen Leidenschaften gehört die Sammlungsgeschichte. Wer besaß wann und wo welche Kunstwerke? Mit welcher Intention gaben reiche Mäzene Werke in Auftrag, wie kommunizierten sie mit den Künstlern? Für seine Habilitation, die er 1997 an der Freien Universität Berlin ablegte, beschäftigte er sich mit dem italienischen Kardinal Maffeo Barberini, dem späteren Papst Urban VIII., der den Barockkünstler Bernini förderte. "Als Zeitgenossen haben wir einen anderen Blick auf historische Kunstwerke", sagt Schütze. "Sammlungsgeschichte hilft, den historischen Kontext zu verstehen."

In Wien gründete er das Vienna Center for the History of Collections, eine Kooperation mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Noch diesen Herbst soll ein Lexikon erscheinen, das rund 50 Wiener Kunstsammlungen aus dem 17. bis 20. Jahrhundert aufarbeitet. Schützes Publikationsliste ist lang, er hat reichlich Auslandserfahrung, darunter an der kanadischen Queen's University sowie der renommierten Bibliotheca Hertziana in Rom, und war Dekan der zweitgrößten Fakultät der Universität Wien. Management kann er also auch.

Dass seine Wahl dennoch überraschend kam, liegt nicht an seiner Kompetenz, sondern an seiner Konkurrenz. Dazu muss man verstehen, wie die Rektorswahl abläuft: Eine Findungskommission, die zu gleichen Teilen aus Mitgliedern des (je zur Hälfte von Regierung und Universität bestimmten) Universitätsrats und des (von Universitätsangehörigen gewählten) Senats besteht, scoutet Kandidatinnen und Kandidaten und präsentiert einen Dreivorschlag. Das geschah im Februar. Schütze stand nicht darauf, dafür aber Oliver Vitouch, Rektor der Universität Klagenfurt, Barbara Schober, Dekanin der Fakultät für Psychologie der Universität Wien, sowie der deutsche Mediziner Matthias Tschöp. Letzterer zog seine Bewerbung zurück.

Der Senat übernahm diesen Dreivorschlag, und füllte den offenen Platz mit Schütze, wobei diese Entscheidung keineswegs einstimmig fiel. Der Gleichbehandlungsausschuss erhob -

erfolglos - Einspruch, man hätte als dritten Namen gerne eine Frau gesehen. Das letzte Wort hat jedoch der neunköpfige Universitätsrat, der in seiner Sitzung am Samstag aus diesem Dreivorschlag Schütze einstimmig wählte. "Er war von Anfang an ein starker Kandidat", sagt die Universitätsratsvorsitzende Eva Nowotny. Warum wurde nicht erstmals in 657 Jahren Universitätsgeschichte, nach 616 Männern an der Spitze, eine Frau gewählt? "Wir müssen keine gläserne Decke durchbrechen", sagt Nowotny. Die TU, die Boku, die WU -es gebe bereits Rektorinnen in Österreich. Theoretisch kann der Gleichbehandlungsausschuss das Wahlergebnis noch beeinspruchen; eine Schiedskommission müsste dann vermitteln.

Auch inhaltlich verspricht Schütze Kontinuität: Große Strukturreformen plant er, anders als Schober, nicht; spätestens im Juni wird er seine Personalvorschläge für das vierköpfige Vizerektorat präsentieren, die der Universitätsrat gutheißen muss. Anders als bei Vitouch rechnet niemand mit einem rundum erneuerten Team. Dafür aber mit allerhand unangenehmen Entscheidungen. Wegen Inflation und steigender Energiepreise muss die Universität mehrere Millionen Euro jährlich einsparen. Wie viel Kontinuität Schütze sich leisten können wird, ist also eine Frage, die er noch nicht beantworten kann.

Dass nach dem Mathematiker Heinz Engl (2011-2022) und dem Wirtschaftswissenschaftler Georg Winckler (2000-2011) nun wieder ein Geisteswissenschaftler Rektor ist, freut an der Uni so manche

Die philologisch-kulturwissenschaftliche Fakultät, an der unter anderem die Sprachen beheimatet sind, ist schließlich die größte. Schütze will zudem die Lehre stärken

"Falter" Nr. 18/2022 vom 04.05.2022 Seite 42,43,44,45 Ressort: Natur Von: REPORTAGE: GERLINDE PÖLSLER UND BENEDIKT NARODOSLAWSKY

## VOLL VERBAUT

### **Österreich verliert Tag für Tag wertvollen Boden. Auf dem Spiel steht viel mehr als die Erhaltung des Landschaftsidylls**

Innsbruck, 22. April. Eine Trommlergruppe führt hunderte Menschen durch die Innenstadt. "As langat!", steht auf ihren Protestschildern, und: "Schluss mit exzessivem Bodenverbrauch und -versiegelung!" Sie demonstrieren gegen die "Gletscherehe": Die Seilbahnbetriebe aus dem Pitztal und Ötztal wollen ihre Skigebiete miteinander verschmelzen, durch ein "attraktives Großskigebiet" versprechen sie sich "die wirkungsvollste Wirtschaftsförderung" für zwei Tiroler Täler, die vom Tourismus leben. In der unberührten Gletscherlandschaft sollen ein Seilbahnzentrum, Restaurants, Bars, ein asphaltierter Speicherteich und ein Tunnel entstehen. Der WWF zählt das Projekt in seinem 2021 erschienenen Bodenreport zu den Paradebeispielen für Österreichs exzessiven Flächenverbrauch. 64 Hektar würde die Natur allein an die neuen Pisten verlieren, 35.000 Kubikmeter Beton sollen verbaut werden.

Der pensionierte Lehrer Gerd Estermann zettelte den Protest an, seine Bürgerinitiative Feldring hat sich dem Erhalt der Tiroler Naturlandschaft verschrieben. "In Tirol stehen nur zwölf Prozent der Landesfläche für eine Dauerbesiedelung zur Verfügung. Dessen ungeachtet werden laufend Genehmigungen für Hotelkomplexe, Chaletdörfer und Einkaufszentren erteilt", sagt er auf der Demo. "Schreitet der Flächenverbrauch in diesem Tempo weiter voran, dann ist das Inntal bis 2050 durchgehend verbaut."

Der Zusammenschluss der beiden Skigebiete ist zu einem Symbol für den Flächenverbrauch im Land geworden. Rund 168.000 Menschen haben die Petition gegen die Gletscherehe auf der Plattform Mein-Aufstehn unterschrieben. Auf dem vollbetonierten Eduard-Wallnöfer-Platz vor der Landesregierung rollen die Aktivisten die Liste der Unterstützer aus, auf der kleingedruckt die Namen stehen. Sie ist 18 Meter lang.

Es ist die erfolgreichste Petition von Mein-Aufstehn aller Zeiten - und sie liegt im Trend. "Wir merken das auch auf unserer Petitionsplattform: Bodenversiegelung, der Schutz von Grünflächen sowie Klimaschutzmaßnahmen ganz allgemein sind sehr häufige Themen bei lokalen und regionalen Petitionen", teilt Mein-Aufstehn mit.

Im ganzen Land haben sich Bürgerinitiativen formiert, um den Bodenverbrauch in ihrer Region zu stoppen. Da ist die Kärntner Bürgerinitiative "Rett' ma die Schütt", die sich gegen den Bau eines Logistikzentrums in Villach neben einem Natura-2000-Schutzgebiet einsetzt.

Oder die Klimaschutzplattform "Da Huat brennt", die in Oberösterreich gegen den "massiven Flächenfraß" der Steyrer Westspange mobilisiert. In Niederösterreich wehrt sich die Bürgerinnen Initiative Gablitz gegen die Verbauung der Dorfwiase im Ort. Und im steirischen Gleisdorf wollen die Bürger von "Wake up Gleisdorf" verhindern, dass ihre Stadt weitere Grünflächen rund um den Ort versiegeln lässt.

Boden ist mehr als Dreck. Er ist die Basis unserer Ernährung, bietet Lebensraum für Tiere und Pflanzen, bindet Kohlenstoff und speichert Wasser. Wo Boden verlorengeht, beschleunigt sich das Artensterben, mehren sich Hochwasserereignisse, leidet das Klima und sinkt die Ernährungssicherheit. Das Umweltbundesamt führt Statistik über Österreichs Flächeninanspruchnahme.

Darunter versteht es nicht nur die versiegelten Flächen, sondern insgesamt den "Verlust biologisch produktiven Bodens" - etwa durch Verbauung für Siedlungs- und Verkehrszwecke. Fast ein Fünftel des Dauersiedlungsraums -also jener Fläche, die in Österreich tatsächlich für Landwirtschaft, Siedlung und Verkehrsanlagen genutzt werden kann -gilt als verbaut.

Und es wird stetig mehr: Österreich verliert jeden Tag 11,5 Hektar an wertvollem Boden, umgerechnet 440 Tennisfelder. Übers Jahr verbraucht Österreich damit eine Fläche von rund 42 Quadratkilometern, das entspricht etwa der Größe von Eisenstadt.

Einer der Hauptgründe dafür: eine verfehlte Raumplanung. Und kaum irgendwo wird das sichtbarer als an den asphaltierten Einkaufszentren, die heute am Rand vieler Gemeinden wuchern.

"Wir haben damit unsere Ortskerne zerstört", sagt Gernot Stöglehner, Leiter des Instituts für Raumplanung an der Universität für Bodenkultur in Wien. "Bauen ist auf der grünen Wiese einfacher und billiger", erklärt er, "man muss sich nicht mit Nachbarn und dem Bestand auseinandersetzen, man kann machen, was einem in den Sinn kommt."

22. April, Shopping City Seiersberg. Österreichs drittgrößtes Einkaufszentrum feiert wieder eine Neueröffnung. Zur Einweihung der neu gebauten Freiluftterrasse für 300 Gäste sind die Starmoderatoren Silvia Schneider und Willi Gabalier angereist, die Band Die Draufgänger spielt auf.

Sieben Tage die Woche, "ja, auch sonntags", kann man dort nun Burger und Pizza essen, wie die Einkaufszentrumseigentümer Christian Guzy und Martin Klein verkünden. Man Sorge damit "für einen Mehrwert für die gesamte Region". Für die Unternehmer ist die Shopping City mit ihren 180 Geschäften aus allen Branchen "der Himmel auf Erden". Allein der Media Markt ist laut Werbung "so groß wie ein Fußballfeld und größer als die Grazer Stadthalle".

Dabei hätte das Einkaufszentrum laut Kritikern nie so monumental gebaut werden dürfen, doch Anwälte nutzten alle rechtlichen Tricks. Zweimal hob das Höchstgericht Verordnungen und Gesetze die Shopping City betreffend als verfassungswidrig auf. Statt eigentlich erlaubter 5000 Quadratmeter Verkaufsfläche sind in Seiersberg nun 74.000 rechters. Als letzte Exitstrategie stülpte die Landesregierung eine Einzelstandortverordnung, eine Art rechtliche Käseglocke, über das Einkaufszentrum. Die steirischen Grünen haben deswegen nur einen Tag vor dem Terrassenspektakel Anzeige wegen Amtsmissbrauchs gegen zwei Landesräte und zwei Beamte eingebracht.

Auch aktuell fahren in Seiersberg-Pirka, wie die Gemeinde seit ihrer Fusion heißt, überall die Bagger, laufen Mischmaschinen und klopfen Arbeiter Pflastersteine in den Boden. Die Gemeinde wächst am stärksten von allen Orten im Grazer Speckgürtel. Einfamilienhäuser, Reihenhäuser, ganze Siedlungen schießen aus dem Boden.

Der Bürgermeister, glaubt Wolfgang Cencic, grüner Gemeinderat in Seiersberg-Pirka, versuche den Bauboom inzwischen etwas zu bremsen. "Aber wenn einer gewisse Jahre im Amt ist, dann wird er zum Freund der Investoren, ob er will oder nicht." Auch fehle es an einer zentralen Planungsstelle. Sein Vorschlag: "Man muss den Bürgermeistern das Portfolio entziehen, was gewidmet wird oder nicht."

Dagegen verwarft sich SPÖ-Bürgermeister Werner Baumann. Dass sein Vorgänger die Entstehung der Shopping City vorangetrieben hat, versteht er, schließlich biete sie heute 2000 Arbeitsplätze. Nur ganz so groß, meint er, hätte sie nicht zu werden brauchen.

Aber auch Baumann selbst räumt ein: "Als Bürgermeister ist man nicht mehr Herr der Lage." Viele Grundstücke wurden schon in den letzten Jahrzehnten in Bauland umgewidmet. Jetzt, da die Nachfrage so hoch sei, würden sie in kurzer Zeit "konsumiert", sagt er.

Baumann wünscht sich selbst strengere Gesetze. "Auch um die Bürgermeister zu schützen. Unser Baugesetz lässt viel mehr zu, als viele Bürgermeister wollen." Jetzt seien diese immer Getriebene. "Zu einer Bauverhandlung", erzählt er, "kommt ein Bauwerber heute schon mit Juristen, Architekten und Sachverständigen, und die wollen dir gleich einmal erzählen, was alles möglich ist." Als Bürgermeister, der Verbesserungen durchsetzen will, habe man schlechte Karten.

Die Raumordnung brauche deshalb ein Bundesrahmengesetz, fordert auch Klaus Richter von der steirischen Ziviltechnikerkammer: "Die Bürgermeister wissen oft sehr wohl, was fachlich gut wäre." Sie müssten aber um Einwohner und Wählerstimmen, um Unternehmen und damit Einnahmen kämpfen, so Richter.

Angelt sich eine Gemeinde einen Betrieb, so erhält sie die gesamten Kommunalsteuereinnahmen für sich allein. Die Kosten tragen jedoch auch die Anrainergemeinden, etwa wenn plötzlich viel mehr Autos durch ihren Ort brausen oder ihre eigenen Ortszentren veröden, weil nun alles zum Einkaufen ins Shoppingcenter pilgert. Ein Beispiel, wie man es anders machen kann, liefert das Modell der Inkoba ("Interkommunale Betriebsansiedlung").

Seit fast 20 Jahren arbeiten etwa die 27 Gemeinden des Bezirks Freistadt im oberösterreichischen Mühlviertel in einer solchen Gemeinschaft zusammen. Über anstehende Betriebsansiedlungen entscheiden alle zusammen, die Einnahmen aus der Kommunalsteuer teilen sich alle auf.

"Sobald die notwendige Umwidmung mehr als 5000 Quadratmeter umfasst, muss sich die Gemeinde mit den anderen abstimmen", erklärt Günter Lorenz, Bürgermeister von Rainbach im Mühlkreis und Obmann der Inkoba Region Freistadt.

Was an Kommunalsteuern im Bezirk auf Inkoba-Standorten zusammenkommt, wird nach den Einwohnerzahlen auf die Gemeinden aufgeteilt. Die Standortgemeinde erhält für "ihre" Betriebe einen Bonus von 20 Prozent. "Durch dieses Modell", sagt Lorenz, "ist das Konkurrenzdenken bei uns ausgeschaltet." In Oberösterreich arbeiten schon zwei Drittel aller Gemeinden in einer von 29 Inkobas zusammen.

Die autozentrierte Politik gilt als weiterer Treiber der Bodenversiegelung. Im Gegensatz zum Flächenverbrauch versteht man unter Bodenversiegelung jene Fläche, die tot unter Asphalt und Beton begraben liegt. Acht Prozent des heimischen Dauersiedlungsraums sind bereits versiegelt.

Das Ziel in der Nachhaltigkeitsstrategie 2002 des Bundes, die Versiegelung bis 2010 auf ein Zehntel zu drosseln, wurde komplett verfehlt. Während sich der Flächenverbrauch im vergangenen Jahrzehnt zumindest halbiert hat, bleibt die Versiegelung seit 20 Jahren nahezu konstant bei rund 20 Quadratkilometern pro Jahr.

Im Nordosten von Wiener Neustadt spaziert Georg Panovsky über eine Löwenzahnwiese zur Warmen Fische. Der Bach ist Teil des Naturschutzgebiets Natura 2000. Wo die Schmetterlinge flattern und die Vögel zwitschern, soll bald eine breite Straße asphaltiert werden. "Eine völlige Niederlage für den Naturschutz", sagt Panovsky.

An der Böschung hat jemand ein Plakat gespannt, man sieht aufgemalte bedrohliche Autos neben einer blühenden Wiese, dazu die Forderung "Stopp der Ostumfahrung! Stopp der Bodenversiegelung!" Panovsky engagiert sich für die Plattform "Vernunft statt Ostumfahrung", die rund 4800 Menschen unterstützen. Mit der Umfahrung soll ein 11,5 Meter hohes Bauwerk durch die Landschaft gezogen werden.

18 Hektar Fläche wird es brauchen, davon werden fünf dauerhaft versiegelt. "Diese Naherholungswege für Wiener Neustädter fürs Radeln oder Laufen sind Geschichte", sagt Panovsky bitter. Die Verkehrsentlastung der Ortsumfahrung sei im Bewilligungsverfahren gar nicht bewiesen worden. Dennoch hält die Stadt am Straßenprojekt fest. Die Umfahrung bringe eine Verbesserung des Durchzugsverkehrs, heißt es von der Stadtregierung.

Laut einer Statistik des Umweltbundesamts hat Wiener Neustadt von allen Städten Österreichs den höchsten Flächenverbrauch, das hat der Stadt den Ruf als "Betonhauptstadt Österreichs" eingebracht. Was ist da passiert?

Die Stadt verweist auf ihre aktuellen Bemühungen, gegen den Bodenverbrauch vorzugehen. Erst vor wenigen Wochen haben ÖVP, SPÖ und FPÖ einen Stadtentwicklungsplan beschlossen, der Bauprojekte am Stadtrand künftig verhindern soll. Der zweifelhafte Betonierer-Ruf hat laut dem Sprecher der Stadt auch mit einem Fehler in der Statistik zu tun: So zähle eine große Fläche

am Flugplatz West dabei etwa als bebaute, versiegelte Fläche, obwohl sie unversiegelt sei. Vor allem aber ist die Bevölkerung in den vergangenen drei Jahrzehnten von rund 35.000 auf etwa 47.000 gewachsen.

Wer durch Wiener Neustadt fährt, sieht: Viele konnten sich hier ihren Traum vom Einfamilienhaus erfüllen - mit entsprechenden Folgen. "Wir müssen die Orte kompakt halten und uns um eine maßvolle Dichte kümmern", sagt Raumplanungsexperte Stöglehner. Er warnt vor dem alten Wunschbild eines freistehenden Einfamilienhauses. Dort könne der Versiegelungsgrad mit Garage, Zufahrt, Terrasse, Gartenhäuschen und Swimmingpool erheblich werden.

Mit dem fortschreitenden Flächenverbrauch und zunehmender Versiegelung steht auch Österreichs Selbstversorgung auf dem Spiel.

"150.000 Hektar an Äckern und Wiesen wurden in den letzten 30 Jahren aus der Produktion genommen", sagt Mario Winkler von der Österreichischen Hagelversicherung. "Das entspricht der Agrarfläche des gesamten Burgenlandes." Die Selbstversorgung sei bereits bei vielen Nahrungsmitteln im Sinken. "Bei Brotgetreide können wir uns nur noch zu 88 Prozent selbst versorgen, bei Kartoffeln zu 80 Prozent. Bei Obst und Gemüse liegen wir bei 50 Prozent", zählt Winkler auf. "Wir sind schon sehr verletzlich."

Dazu kommen die erwarteten Ernterückgänge durch die Erderwärmung. Laut einer Studie der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (Ages) wird die "Bonität" der Böden besonders im Osten und Südosten Österreichs teils dramatisch sinken: "Es ist davon auszugehen, dass bei den meisten derzeit bedeutenden Feldfrüchten nach 2030 keine Autarkie mehr gewährleistet werden kann, selbst wenn alle derzeit verfügbaren Bodenressourcen in der Produktion verbleiben."

Um bis zu 19 Prozent würden die Erträge infolge längerer Trockenphasen und mehr Hochwasser in den kommenden 40 Jahren sinken. "Im Marchfeld könnte sich die Ernte durch zunehmende Hitzetage und Trockenheit sogar um bis zu 50 Prozent verringern, bis 2060 droht eine Unterversorgung z.B. bei Getreide, Mais oder Kartoffeln." Die besten Böden müssten daher für die Landwirtschaft geschützt werden.

Sich auf den Weltmarkt zu verlassen ist ein Risiko. Das zeigt derzeit nicht nur der Krieg in der Ukraine, der Kornkammer Europas, sondern auch der soeben erschienene Bericht "Global Land Outlook" der Vereinten Nationen. Er zeigt: Gute Böden werden weltweit weniger. Bis zu 40 Prozent der Böden sind bereits geschädigt - und haben damit ihre ursprüngliche Fruchtbarkeit verloren.

Biobauer Josef Archan steht auf seinem Acker in Söding-St. Johann, dort, wo das Land Steiermark die "B70 neu" hin asphaltieren will. Die Trasse soll die bisherige B70, die Packer Straße, entlasten. Sowohl die lärmgeplagten Anrainer als auch Wirtschaftsvertreter wünschen sich die neue Straße.

Sie würde aber mehrere von Archans Feldern durchschneiden, ein Zehntel des Grunds ginge verloren. 40 Grundbesitzer wären insgesamt betroffen. "Mehr als die Hälfte will aber ihre Grundstücke nicht hergeben", sagt Archan. "Sie müssten uns also enteignen." Mittels Traktordemos haben die Bauern ihren Widerstand schon kundgetan.

Dass hier Autos brausen sollen, wo seit Jahrzehnten Weizen und Roggen wachsen, ist für Archan ein No-Go: "Es gibt hier ohnehin nur noch ganz wenige große zusammenhängende Ackerflächen." Und je zerfledderter diese sind, desto schwerer sind sie zu bewirtschaften.

Eine Million Euro hätten Sohn und Schwiegertochter investiert, sie wollen zusätzlich zum Getreideanbau Bioschweine züchten. Demnächst sollen die ersten einziehen. Doch wenn die Straße die Felder zerschneidet, müssen die jungen Archans mit dem Traktor große Umwege fahren. Außerdem fehlen ihnen dann die Flächen, um genug Getreide für ihre Schweine zu bekommen. "Und wo sollen sie diese Flächen sonst herkriegern?"

Bauern, die Gründe dazupachten wollen, müssen auch hier mit Handelsketten, Gewerbe und Reihenhaus-Errichtern in Konkurrenz treten. Nur 20 Kilometer von Graz entfernt, gehört

die Gegend noch zum Einzugsgebiet der Landeshauptstadt. Junge Paare lassen sich hier würfelförmige Fertigteilhäuser auf die Wiese stellen.

Viele Bauern oder deren Erben sperren den Betrieb zu und verkaufen. "Ein Quadratmeter Acker kostet hier circa zehn Euro", weiß Archan, "aber sobald es als Bauland gewidmet ist, kann man das Zehnfache verlangen." In Graz-Umgebung gehen beste Ackerflächen locker um 300 Euro und mehr weg, je nach Lage und Autobahnnähe. Drei Millionen Euro für einen Hektar, auf einen Schlag -wie viele werden dieser Versuchung auf Dauer widerstehen können?

"Da haben wir das Glück, dass unser Sohn den Betrieb im Vollerwerb weiterführen will", sagt Altbauer Josef Archan, "und jetzt das."

11,5 Hektar an biologisch produktivem Boden verliert Österreich täglich

8 Prozent des heimischen Dauersiedlungsraumes sind bereits versiegelt

100-200 Jahre dauert es, bis sich ein Zentimeter Humus bildet

*Jährlich wird in Österreich eine Fläche in der Größe von Eisenstadt verbaut*

*Der Seiersberger Kommunalpolitiker Wolfgang Cencic fordert, Bürgermeistern die Widmungskompetenz zu entziehen*

*Die Shopping-City Seiersberg nahe Graz beschäftigte schon mehrfach das Höchstgericht. Es wurde viel größer gebaut, als erlaubt gewesen wäre*

*Bauer Josef Archan fürchtet um seinen Acker. Wegen einer geplanten Bundesstraße droht ihm die Enteignung*

"Kronen Zeitung" vom 04.05.2022 Seite 27 Ressort: Lokal Von: HELGA KROMP-KOLB Bgld, Ktn, N.Ö., O.Ö., Sbg, Stmk, Ti, Vbg, Wi Mitte, Wi Nord, Wi Süd, Wi West

Klimakrise Fragen & Antworten

## Wir haben Erdöl auf dem Teller

**Helga Kromp-Kolb ist Professorin an der Universität für Bodenkultur in Wien und Österreichs führende Expertin für Klimaschutz.**

Ähnlich wie bei der Energiegewinnung kann man bei der Nahrungsmittelproduktion das Verhältnis von gewonnener zu eingesetzter Energie (EROI) betrachten. Der EROI besagt nichts über Zusammensetzung, Qualität oder Kosten – es ist eine rein energetische Betrachtung.

Bei den Jägern, Sammlern und frühen Landwirten sowie der Weidetierhaltung wurde mehr Energie gewonnen als eingesetzt. Das EROI wird z. B. im frühen Reisanbau unter geeigneten Klimabedingungen sogar mit bis zu 50:1 abgeschätzt. Die zusätzliche Energie lieferte die Sonne. Küstenfischerei alten Stils kam etwa auf ein Verhältnis von 1:1. Das gesamte Ernährungssystem der USA wies 1910 etwa einen Gleichstand zwischen eingesetzter und gewonnener Energie auf.

Mit zunehmender Technisierung und Intensivierung sowie wachsendem Fleischkonsum wurde dieses Energieverhältnis immer ungünstiger. Jeder Zwischenschritt von der Pflanze über Tiere zum Menschen ist mit Energieverlust verbunden. Rindermast und Hochseefischerei brauchen etwa 10- bis 20-mal so viel Energie, wie gewonnen wird. Ähnliches gilt für das gesamte Ernährungssystem der USA derzeit. Die zusätzliche Energie, die eingebracht werden muss, ist überwiegend fossile Energie – meist Erdöl. Es ist Zeit umzudenken!

Sie haben Fragen zur Klimakrise? Dann schreiben Sie uns doch an [klimakrise@kronenzeitung.at](mailto:klimakrise@kronenzeitung.at)

"Kurier" vom 04.05.2022 Seite: 18 Ressort: Chronik N.Ö., N.Ö.2

## Neues „Sonnenfeld“ liefert Strom und Nahrung

### Fotovoltaik auf landwirtschaftlicher Fläche

Bruck/Leitha. Beim Spatenstich neben der A4 in Bruck/Leitha wurde klar, warum hier eine neue Fotovoltaikanlage entstehen soll: gnadenlos brannte die Sonne an diesem Dienstagmittag vom Himmel.

Künftig soll hier Strom für mehr als 1.000 Haushalte produziert werden. Auf dem fünf Hektar großen Feld wird die sogenannte Agri-PV-Forschungsanlage aber auch Lebensmittel liefern. 80 Prozent der Fläche können weiter landwirtschaftlich genützt werden, 13 Prozent werden zu Blühstreifen, nur zwei Prozent verbraucht die PV-Anlagen. So sollen die Biodiversität gesteigert und die Bodenversiegelung reduziert werden. Ob und wie das funktioniert, werden Forscher der Boku Wien in den nächsten drei Jahren untersuchen.

Mit diesem Projekt soll geklärt werden, wie die Bewirtschaftung am besten funktioniert und welche Pflanzenkulturen sich für so eine Fläche eignen. Weitere Projektpartner sind der Energiepark Bruck/Leitha sowie EWS Consulting. Gefördert wird das Projekt mit 3,9 Millionen Euro vom Klima- und Energiefonds.

Bis zum Jahr 2030 sollen mithilfe von PV-Anlagen jährlich zusätzlich 11 Terawattstunden Sonnenstrom erzeugt werden.

"NÖ Nachrichten" Nr. 18/2022 vom 04.05.2022 Seite: 13 Ressort: Meine Region Von: MELANIE BAUMGARTNER Purkersdorfer

## Sensationsfund zwischen Möbel

**Im SamLa ist Ausgabe des sogenannten „Kronprinzenwerkes“ von Kronprinz Rudolf aufgetaucht.**

### ENTDECKUNG FÜR WISSENSCHAFT

PURKERSDORF Einen spektakulären Fund machten Erdwissenschaftler beim Laden des Samariterbunds SamLa in Purkersdorf. Dort befand sich nämlich zwischen Geschirr, Kaffeemaschinen und Unmengen an alten Möbeln eine nahezu vollständig erhaltene Ausgabe des sogenannten „Kronprinzenwerkes“, einer 24-bändigen Enzyklopädie zur Geographie und Landeskunde der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Daran beteiligt war niemand geringerer als Kronprinz Rudolf, der Sohn von Kaiserin Elisabeth und Kaiser Franz Joseph I. Seine geologische Sammlung befindet sich bis heute als eine von zwei historischen Sammlungen an der Universität für Bodenkultur (BOKU).

### Literatur zur Steinesammlung

Herbert Willer, Bereichsleiter des SamLa, übergab den großartigen Fund als Spende dem Institut für Angewandte Geologie der BOKU, wo sie in den Ausstellungsvitrinen demnächst auch für die Allgemeinheit zu sehen sein wird. „Eine Mitarbeiterin der BOKU hat die Bände und auch deren historischen Wert entdeckt und war ganz aus dem Häuschen“, schildert Willer. „An der BOKU befindet sich außerdem die Steinesammlung von Kronprinz Rudolf. Das ist jetzt quasi die Literatur dazu. Ich bin froh, dass die Bücher jetzt in guten Händen sind.“

*Bild: Petra Lukeneder (Paläontologin), Herbert Willer (SamLa), Franz Ottner (Dozent Institut für Angewandte Geologie, BOKU), Irene Liebhart (Mineralogin) und Christian Zangerl (Leiter des Instituts für Angewandte Geologie, BOKU, v. l.) bei der Übergabe der Spende.*

*Bild: Foto: SamLa*

*Bild: Zwischen Geschirr, Kaffeemaschinen und Möbeln versteckte sich eine nahezu vollständig erhaltene Ausgabe des „Kronprinzenwerkes“ von Kronprinz Rudolf.*

*Bild: Foto: BOKU*

*"NÖ Nachrichten" Nr. 18/2022 vom 04.05.2022 Seite: 19 Ressort: Meine Region Tullner*

Meine Region Kurz Notiert

## Konzert „Jazz am Campus“

TULLN Am Freitag, 6. Mai, findet das Konzert „Jazz am Campus“ statt. Um 19 Uhr geht es am Campus der BOKU Tulln los - dafür verwandeln die Musiker die UFT Aula in einen Jazz-Club. Im Programm ist aber nicht nur Jazz, die Bands spannen einen Bogen von Swing über Funk bis hin zu Jazz-Rock. Mit dabei sind die Bigband der Musikschule Tulln und das Jugendjazzorchester Niederösterreich.

Der Eintritt ist frei, allerdings freuen sich die Veranstalter über Spenden, die der Ukraine-Nothilfe-Aktion der Caritas zugutekommen.

"NÖ Nachrichten" Nr. 18/2022 vom 04.05.2022 Seite: 31 Ressort: Meine Region Herzogenburger

## Fünfte Generation arbeitet mit

**Den Familienbetrieb Nentwich gibt es bereits seit dem Jahr 2019. Er zählt zu den größten Arbeitgebern in der Region. Durch Expansion ist die Zentrale zu klein geworden. Sie wird ab Ende 2023 in Perschling errichtet.**

Mit rund 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gehört der Gartenbaubetrieb Nentwich zu den größten Arbeitgebern der Region. Aktuell arbeiten sechs Lehrlinge am Betrieb mit. Firmenchefin Michaela Nentwich: „Bei uns kann die Lehre für Floristik oder für Gartenbau absolviert werden. Die Mädchen machen meist Floristik bei mir, die Burschen eher den Gartenbau.“ Der längst dienende Mitarbeiter ist Andreas Haslinger, der seit über 30 Jahren bei Nentwich arbeitet. Nentwichts Gartenplanungsteam umfasst fünf Gartenarchitekten mit BOKU-Studienabschluss, die Grünflächen so gestalten, dass sie zu Erholungsräumen werden.

Der Geschäftsbereich des Gartenbaubetriebes gliedert sich in drei Segmente: Floristik, wo neben dem Standort in Weißenkirchen auch die „Blumenbinderei“ in St. Pölten, Kremsergasse 2, und die neu eröffnete „Blumenboutique“ in Krems, Täglicher Markt 5, dazu zählen.

Passende Designmöbel

von exklusiven Marken

Der Bereich Gartenbau umfasst neben der Gartenplanung und -ausführung in handwerklicher Meisterleistung auch die Kreation von ganzen Einrichtungskonzepten. Passende Designmöbel von exklusiven Marken werden in Szene gesetzt und hochwertige Accessoires gewählt. Mit mehr als 100 Jahren Erfahrung und dementsprechendem Know-How werden sowohl Privatgärten als auch Projekte im großen Stil entworfen, visualisiert, realisiert. Um einen gepflegten Außenauftritt zu garantieren kümmern sich Nentwichts Mitarbeiter auch um die Betreuung von Firmengebäuden und Großanlagen. Die Baumschule bietet eine Vielzahl von Pflanzen, Sträuchern und Bäumen in den unterschiedlichsten Größen. Der Fokus hierbei wird auf exquisite Einzelstücke sowie mehrstämmige Gehölze – den „Singular“-Pflanzen – von Nentwich gesetzt.

2019 feierten Michaela und Thomas Nentwich, die den Betrieb in vierter Generation führen, das 100-Jahr-Jubiläum. Heute arbeiten bereits ihre Kinder Anna-Sophie und Jakob im elterlichen Betrieb, sozusagen in fünfter Generation mit.

Wegen der ständigen Expansion des Unternehmens ist der Platz am Standort Weißenkirchen längst zu klein geworden. Aus diesem Grund ist eine neue, zeitgemäße Firmenzentrale im Gewerbepark Perschlingtal geplant. Nentwich hofft, dass mit dem Bau Ende 2023 begonnen werden kann. Der Betrieb in Weißenkirchen bleibt als Produktionsbetrieb aber weiter bestehen.

"NÖ Nachrichten" Nr. 18/2022 vom 04.05.2022 Seite: 32 Ressort: Meine Region Badener

## Erste Ideen für „Längsten Park Europas“

### **Zehn Boku-Studierende entwickelten Konzepte für die Gestaltung des Parks.**

wettbewerb

Ebreichsdorf Die Stadtgemeinde Ebreichsdorf will auf der jetzigen Bahntrasse durch die Stadt, diese soll 2023 durch die neue zweigleisig ausgebaute Bahnstrecke ersetzt werden, den „längsten Park Europas errichten“. Dazu wurde in der Bevölkerung ein Ideenwettbewerb gestartet, bei dem bisher um die 500 Vorschläge und Ideen eingebracht wurden. Parallel dazu wurde mit der Universität für Bodenkultur ein Ideenwettbewerb gestartet. An diesem nahmen 10 Studierende teil, welche unter zahlreichen Bewerbungen ausgewählt wurden.

Die letzten fünf Tage und Nächte verbrachten die Studenten in Ebreichsdorf und entwickelten in Zweier-Teams Konzepte für die Gestaltung des Parks. Am Freitag wurden die fünf Konzepte von einer Fachjury bewertet und das Projekt „Echooo“ ausgezeichnet.

„Ich bin mir sicher, dass wir aus allen fünf Projekten etwas für die Planung mitnehmen können“, ist sich Bürgermeister Wolfgang Kocevar (SPÖ) sicher. „Die Gemeinde geht davon aus, dass sie die Grundstücke, für die es ein Vorverkaufsrecht für die Stadtgemeinde gibt, von der ÖBB kaufen kann“ ist auch der Stadtrat für Stadtentwicklung, Harald Kuchwalek (SPÖ) überzeugt und spricht von einer „Jahrhundert-Chance“ für die Gemeinde.

Details über das Projekt und die Ideen sollen in einer eigenen Ausstellung der Bevölkerung präsentiert werden.

*Bild: Die zehn Teilnehmer der Universität für Bodenkultur präsentierten ihre Ideen für den geplanten Park entlang der Bahntrasse. Julia Avjesky und Anita Rampetsreiter wurden mit ihrem Projekt „Echooo – Ein Freiraum wird“ zu den Siegern gekürt und freuen sich über 1.300 Euro Preisgeld.*

*Bild: Foto: Lenger*

"NÖ Nachrichten" Nr. 18/2022 vom 04.05.2022 Seite: 37 Ressort: Meine Region Lilienfelder

## Wie kann die Region gestärkt werden?

**Studierende der BOKU interviewen Experten und Bevölkerung zu Fragen des Naturparks. Nun wurden die Ergebnisse präsentiert.**

Naturpark Ötscher-Tormäuer

GAMING 20 Master-Studierende der BOKU absolvierten unter Anleitung von Professorin Ulrike Pröbstl-Haider, Institut für Landschaftsentwicklung, Erholungs- und Naturschutzplanung, eine Feldwoche im Naturpark Ötscher-Tormäuer. Die Studierenden erforschten dabei die Region und beschäftigten sich intensiv mit drei Fragenstellungen: Wie kann die Region in punkto Lebensqualität gestärkt und Abwanderung verhindert werden? Landschaftswandel – was tun wir, damit es „schön“ bleibt? und „Ötscher-Bär – Eine alte Geschichte oder eine Zukunftsvision?“. Das theoretische Wissen wurde durch Experteninterviews und Gespräche mit der Bevölkerung ergänzt. Am Freitag fand im Haus der Begegnung in Gaming die Präsentation der Ergebnisse statt.

Team „Lebensqualität“ verdeutlichte dabei die Abwanderungstendenzen in der Region. Eine Schlüsselrolle spielen neben Arbeitsplätzen vor allem die Wohnungs- und Freizeitangebote sowie die Verkehrsinfrastruktur. Aus der Sicht der Bevölkerung trägt der Naturpark zum Arbeitsplatzangebot positiv bei. Die Anbindung ans öffentliche Verkehrsnetz wäre wichtig.

Das „Team Landschaftswandel“ zeigte mit Fotomontagen, wie die Region aussehen könnte, wenn der zunehmenden Verwaldung nicht entgegengewirkt würde. Über die Unterstützung mit Fördermitteln hinaus könnten sich die Studierenden hier vorstellen, dass Schaf- und Ziegenherden („rent a sheep“) eingesetzt werden könnten. „Team Bär“ versuchte Sympathien für die überwiegend pflanzenfressende Tierart zu gewinnen: Der Bär dürfe nicht nur ein Symbol auf dem Naturpark-Schild sein. In der Vermittlung und der Kommunikation könnte der Naturpark künftig eine neue Rolle spielen.

*Bild: Am Freitag präsentierten die Studenten vor Publikum, darunter auch Bürgermeisterin Renate Rakwetz und Florian Schublach vom Naturpark Ötscher-Tormäuer, ihre Ergebnisse der Feldwoche.*

*Bild: Foto: Naturpark Ötscher-Tormäuer*

"orf.at" gefunden am 04.05.2022 03:15 Uhr Von: Juliane Nagiller

## Wie Humus zum Klimaschutz beiträgt

### **Online seit gestern, 21.08 Uhr Fruchtbare Böden sind ein sehr belebter Lebensraum.**

In ihnen wimmelt es nicht nur von Bodentieren, von Regen- und Fadenwürmern, Asseln und Wimperntierchen, sondern vor allem von Mikroorganismen, von Pilzen, Bakterien und Archaeen. „Schätzungsweise hat man in einem Gramm Boden circa eine Milliarde bis zehn Milliarden mikrobielle Zellen“, erklärt Christina Kaiser vom Zentrum für Mikrobiologie und Umweltsystemwissenschaften der Universität Wien. Je mehr Pflanzenreste im Boden, desto belebter ist er, sagt die Ökologin. Abgestorbene Pflanzenteile dienen den Mikroorganismen als Nahrung.

#### Mehr als Pflanzenreste

Dachte man früher, dass Humus zum Großteil aus nicht abgebauten Pflanzenresten besteht, so weiß man heute, dass es sich dabei um bereits verarbeitetes Material handelt. Material, das von Mikroorganismen aufgenommen, verwertet und durch Wachstum in ihre eigene Biomasse eingebaut wurde. „Der Großteil des Humus sind eigentlich die Überreste und die Stoffwechselprodukte der Mikroorganismen“, sagt Kaiser. Nur ein kleiner Teil sei nicht abgebautes Pflanzenmaterial.

#### Bewirtschaftung, die dem Boden gut tut

Humus macht Böden fruchtbarer, weshalb Humusaufbau schon immer im Fokus nachhaltiger Landwirtschaft stand. Neu sei die Klimaperspektive auf den Humus, sagt Gernot Bodner vom Institut für Pflanzenbau der Universität für Bodenkultur Wien. „Sowohl die Vielfalt als auch die Menge der Boden-Mikrobiologie in Ackerböden hat abgenommen“. Der Grund dafür seien offen liegende Äcker, auf denen keine Pflanzen wachsen. Mikroorganismen bevorzugen ein vielfältiges Futter, weshalb sie sich besonders über Zwischen- oder Untersaaten freuen, die aus einer Mischung verschiedener Pflanzenarten bestehen.

#### Humusaufbau in Ackerflächen

Eine Bewirtschaftung „nahe an der Natur“, mit Zwischensaaten und einer geringen Bodenbearbeitung, kann den Humusgehalt im Boden erhöhen. Das konnten Gernot Bodner gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen im Forschungsprojekt „Boden.Pioniere“ zeigen. Böden von „Pionierbetrieben“, die ihre Flächen bodenaufbauend bewirtschafteten, wiesen um mehr als 20 Prozent mehr Humus auf und auch das mikrobielle Bodenleben konnte um fast 40 Prozent gesteigert werden.

Gleichzeitig gebe es aber auch Grenzen, was Humusvorräte in Ackerböden betrifft, erklärt der Forscher. Im Forschungsprojekt wurden auch Ackerränder als natürliche Referenzfläche beprobt. Sowohl ihr Humusgehalt als auch ihr Bodenleben waren ausgeprägter. „Jetzt stellt sich die Frage: Ist eine natürliche Referenzfläche ein vernünftiges Ziel für den Ackerbau? Und da muss man sehr vorsichtig sein, weil der Ackerbauer erntet. Das heißt, er bringt notwendigerweise etwas vom Feld weg, weil sein Ziel ja Lebensmittelproduktion ist.“

#### 4-Promille für den Klimaschutz

Das Potenzial des Bodens CO<sub>2</sub> zu binden, wurde bereits bei der Klimakonferenz 2015 in Paris diskutiert. Laut der dort vorgestellten „4-Promille-Initiative“ könnten die jährlich anfallenden, vom Menschen verursachten, CO<sub>2</sub>-Emissionen im Boden gebunden werden, wenn es gelingt, den Humusgehalt aller Böden um jährlich vier Promille zu steigern. Ein theoretisches Potenzial, sagt dazu Sophie Zechmeister-Boltenstern, die das Institut für Bodenforschung an der Universität für Bodenkultur leitet. Den Mikroorganismen im Boden macht die Klimaerwärmung zu schaffen; Humus geht stärker verloren. „Wenn es wärmer wird, dann fangen sie quasi zum Hecheln an, atmen also stärker und bauen mehr Humus ab.“

Das Humusaufbaupotenzial für Europas Böden wurde kürzlich im Rahmen des Forschungsprojekts EJP Soil berechnet. „Es reicht nicht aus, um wirklich die gesamten Emissionen einzufangen, aber es ist doch höher als erwartet“, sagt Sophie Zechmeister-Boltenstern. Bis zu dreißig Prozent der Emissionen, die in der Landwirtschaft anfallen, könnten durch Humusaufbau in Europas Böden gespeichert werden, so das Ergebnis.

Positiv sei, dass Landwirte und Landwirtinnen durch Humusaufbau einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und ihre Äcker gleichzeitig resistenter machen können, meint Zechmeister-Boltenstern. Gibt es viel Humus im Boden, kann der Boden besser Wasser halten, Erosionen werden weniger und die Felder müssen weniger stark gedüngt werden.

Humus-Wirtinnen und Wirte

Noch dieses Jahr möchte die EU-Kommission einen Gesetzesentwurf für „carbon farming“ vorlegen. Landwirtinnen und Landwirte sollen künftig Zahlungen erhalten, wenn sie den Humusgehalt ihrer Böden steigern, so die Idee hinter der Initiative.

Von Seiten der Wissenschaft wird diese Idee skeptisch gesehen. Es sei schwierig, Humusaufbau nachzuweisen, gerade wenn es um Unterschiede im Promille-Bereich geht. Zudem würden durch ein Zahlungssystem all jene Landwirtinnen und Landwirte benachteiligt, die sich bereits jetzt um den Humus in ihren Böden kümmern. „Humusaufbau ist nicht auf allen Flächen im gleichen Ausmaß möglich“, sagt Gernot Bodner. Es gebe eine Sättigungskurve: In humusreichen Böden gelte es den Humusanteil zu erhalten; weiter anreichern könne man diese Böden nicht.

Österreichs Böden hätten bis in die 1990er Jahren Humus verloren, erzählt Sophie Zechmeister-Boltenstern. Dann habe ein Umdenken eingesetzt und gewisse Techniken, wie beispielsweise Stroh verbrennen, wurden verboten. Heute seien die Böden in Österreich weniger degradiert als etwa die Böden am Balkan, weshalb Österreich auch, was den Humusaufbau betrifft, von einem relativ hohen Niveau aus starte und die Möglichkeiten Humus aufzubauen geringer seien.

"derstandard.at" gefunden am 04.05.2022 06:33 Uhr Von: Alois Pumhösel

## Wenn Atomkraftwerke zu Kriegsschauplätzen werden

**Russlands Angriff auf die Ukraine zeigt eine Gefahr auf, die in der AKW-Sicherheit bisher kaum berücksichtigt wurde: Die Anlagen können zu Orten von Kampfhandlungen werden**

Bereits in Friedenszeiten ist AKW-Sicherheit ein heißes Thema. Dass Atomanlagen in der Ukraine nun auch zu Kriegsschauplätzen wurden, hat die Debatte auf eine neue Ebene gehoben.

Spätestens am 4. März 2022 wurde klar, dass Atomwaffen nicht die einzige nukleare Gefahr sind, um die man sich im russischen Angriffskrieg in der Ukraine Sorgen machen muss. Damals gingen die Meldungen um die Welt, dass das Atomkraftwerk Saporischschja zum Kriegsschauplatz wurde.

Es gab Feuergefechte, wobei ein Trainingsgebäude in Brand geriet, ein Trockenlager von Artillerie getroffen und ein Reaktorgebäude beschädigt wurde. Zuvor kam es bereits bei der Atomruine von Tschernobyl zu Kämpfen, was einen potenziell gefährlichen Stromausfall und erhöhte Strahlenwerte durch Staubentwicklung zur Folge hatte.

Das Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften der Wiener Boku widmete der Bedrohungslage, die von AKWs im Kriegsgebiet ausgehen könnte, vergangene Woche eine Onlineveranstaltung. Experten aus Wissenschaft, Militär und Bundesverwaltung sprachen über Bedrohungslagen, mögliche Auswirkungen und Maßnahmen im Ernstfall.

### Frühwarnsystem

Diese "Risikobetrachtungen", die vom langjährigen Leiter der Nuklearkoordination der Bundesregierung, Andreas Molin, moderiert wurden, fanden im Andenken an den im März verstorbenen Juri Andrejew statt. Der aus Russland stammende "Chefliquidator" von Tschernobyl, der die Aufräumarbeiten nach dem Reaktorunfall von 1986 geleitet hatte, lebte seit 1992 in Wien und fand an der Boku eine neue berufliche Heimat.

Die gute Nachricht für Österreich: Sollte in der Ukraine Radioaktivität frei werden, wissen die Behörden in Österreich dank der nationalen und internationalen Messstellen sowie einer engen Vernetzung mit ausländischen Partnern in kürzester Zeit Bescheid. Das versicherte Peter Hofer von der Abteilung Strahlenschutz des Klimaschutzministeriums.

In Österreich wurde in Reaktion auf die Katastrophe in Tschernobyl ein Frühwarnsystem implementiert. Mittlerweile stehen umfassende Diagnose- und Prognosewerkzeuge bereit, die die Ausbreitung radioaktiver Substanzen vorhersagen. Demnach bedarf es einer enorm starken Freisetzung, damit eine relevante Gefahr für Österreich besteht.

### Worst-Case-Szenario

"Wir haben eine Worst-Case-Berechnung mit einem schweren Unfall im westukrainischen AKW Riwne gemacht. Selbst bei ungünstigsten Wetterverhältnissen ist auszuschließen, dass in Österreich Maßnahmen wie das Einnehmen der Kaliumjodidtabletten oder das Verbleiben in den Häusern notwendig sind. Im schlimmsten Fall könnten Maßnahmen im Lebensmittelbereich zu setzen sein", betont Hofer.

Dennoch: Zum ersten Mal sind AKWs nun Schauplatz von Kriegshandlungen. Neben den vier stillgelegten Blöcken von Tschernobyl gibt es in der Ukraine 15 Reaktorblöcke an vier aktiven Standorten. Dort, wo Brennelemente noch im Betrieb sind, ist für den Physiker und Risikoforscher Nikolaus Müllner von der Boku auch das Risiko am größten.

"In den Sicherheitsnachweisen der AKWs sind kriegerische Ereignisse außen vor gelassen. Im schlimmsten Fall stellt man sich wohl einen terroristischen Anschlag mit Unterstützung eines Insiders vor", erklärt Müllner. Für ihn stellt sich nicht nur die Frage, wie gut AKWs in Kriegswirren

geschützt sind, sondern auch, wie die Sicherheitskonzepte nach diesen Kriegserfahrungen zu erweitern sind.

#### Meteoriteneinschlag und Flugzeugabsturz

Derzeit sehen sie den Schutz vor Naturereignissen und technischen Gebrechen bis zu einer gewissen Eintrittswahrscheinlichkeit vor – die Gefahr von Meteoriteneinschlägen ist beispielsweise nicht mehr berücksichtigt.

Neben potenziell gefährlichen Situationen wie der Zerstörung von Infrastruktur wie Notstrom, Turbinenhalle, Abklingbecken oder Frischdampfleitungen wäre das wohl gefährlichste durch Kriegshandlungen hervorgerufene Szenario eine Kernschmelze, bei der sowohl der Reaktordruckbehälter als auch das umgebende Containment zerstört wird. Müllner: "Dann haben wir sehr erhebliche Freisetzungen von radioaktivem Material in kurzer Zeit."

Der Großteil der Reaktoren in der Ukraine ist vom Typ WWER 1000. Die Wände des Containments sind hier aus 1,2 Meter starkem Spannbeton – eine Struktur, die laut Sicherheitsnachweis etwa dem Aufprall eines zehn Tonnen schweren Flugzeugs mit 750 km/h standhalten muss. Was braucht es nun, um eine Schutzvorrichtung dieser Art mit "militärischen Einsatzmitteln" zu durchbrechen? Bernhard Traxl vom ABC-Abwehrzentrum des Bundesheeres, der mit Müllner bei der Analyse kooperiert hat, hebt mehrere Beispiele hervor.

#### Bunkerbrechende Waffen

Dazu gehören bunkerbrechende Gefechtsköpfe, die mit ihren speziell gehärteten Oberflächen mehrere Meter Stahlbeton durchschlagen, bevor sie explodieren. "Wenn dieser Gefechtskopf im Inneren eines Reaktors detoniert, ist es sicher, dass eine Zerstörung des Containments stattfindet", sagt Traxl.

Weiters sind die wesentlich kleineren Hohlladungsgefechtsköpfe, die üblicherweise gegen gepanzerte Fahrzeuge eingesetzt werden, eine Gefahr. Ein stark beschleunigter Metallstachel dieser Waffen hätte die Energie, das Containment zu durchschlagen, ohne aber im Inneren mit einer Explosion weiteren Schaden anzurichten. Das Resultat wäre ein Leck in der Schutzhülle.

#### Kaum Schutzmechanismen

Traxl geht nicht von einem vorsätzlichen Beschuss der AKWs in der Ukraine aus – dagegen ließen sich kaum Schutzmechanismen finden. Es seien aber dennoch Szenarien denkbar, in denen es zu Beschuss kommt. So könnten sich etwa Soldaten in einem AKW verschanzen, weil die Anlage einem Bunker gleicht, woraufhin die Gegner zu den erwähnten Waffensystemen greifen.

Wenn auch die Stromzufuhr ausfällt und Hilfestellung unmöglich ist, wäre eine Kernschmelze mit Austritt von radioaktivem Material möglich. "Es müssen schon zwei, drei Faktoren zusammenkommen, dass ein Beschuss erfolgt", betont Traxl.

Natürlich ist aber auch ein unabsichtliches – versehentliches oder von Unwissenheit geleitetes – Bombardement nicht auszuschließen. Besonders gefährlich wäre das in Riwne, wo die Anlagenarchitektur des hier errichteten WWER-440-Typs das Abklingbecken vergleichsweise ungeschützt lässt, wie Müllner hervorhebt. Dennoch: "Wenn man es nicht darauf anlegt, ist es sehr unwahrscheinlich, dass das Containment durchschlagen wird", lautet auch das Resümee des Risikoforschers. (Alois Pumhösel, 4.5.2022)

*"Der Standard" vom 04.05.2022 Seite: 17 Ressort: Forschung Spezial Von: Alois Pumhösel Bundesland Abend, Bundesland*

## Kriegsalarm im Atomkraftwerk

Russlands Angriff auf die Ukraine hat eine Gefahr vor Augen geführt, die in der AKW-Sicherheit bisher kaum berücksichtigt wurde – die Anlagen können zu Orten von Kampfhandlungen werden.

Spätestens am 4. März 2022 wurde klar, dass Atomwaffen nicht die einzige nukleare Gefahr sind, um die man sich im russischen Angriffskrieg in der Ukraine Sorgen machen muss. Damals gingen die Meldungen um die Welt, dass das Atomkraftwerk Saporischschja zum Kriegsschauplatz wurde. Es gab Feuergefechte, wobei ein Trainingsgebäude in Brand geriet, ein Trockenlager von Artillerie getroffen und ein Reaktorgebäude beschädigt wurde. Zuvor kam es bereits bei der Atomruine von Tschernobyl zu Kämpfen, was einen potenziell gefährlichen Stromausfall und erhöhte Strahlenwerte durch Staubentwicklung zur Folge hatte.

Das Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften der Wiener Boku widmete der Bedrohungslage, die von AKWs im Kriegsgebiet ausgehen könnte, vergangene Woche eine Onlineveranstaltung. Experten aus Wissenschaft, Militär und Bundesverwaltung sprachen über Bedrohungslagen, mögliche Auswirkungen und Maßnahmen im Ernstfall. Diese „Risikobetrachtungen“, die vom langjährigen Leiter der Nuklearkoordination der Bundesregierung, Andreas Molin, moderiert wurden, fanden im Andenken an den im März verstorbenen Juri Andrejew statt. Der aus Russland stammende „Chefliquidator“ von Tschernobyl, der die Aufräumarbeiten nach dem Reaktorunfall von 1986 geleitet hatte, lebte seit 1992 in Wien und fand an der Boku eine neue berufliche Heimat.

Die gute Nachricht: Sollte in der Ukraine Radioaktivität frei werden, wissen die Behörden in Österreich dank der nationalen und internationalen Messstellen sowie einer engen Vernetzung mit ausländischen Partnern in kürzester Zeit Bescheid. Das versicherte Peter Hofer von der Abteilung Strahlenschutz des Klimaschutzministeriums. In Österreich wurde in Reaktion auf die Katastrophe in Tschernobyl ein Frühwarnsystem implementiert. Mittlerweile stehen umfassende Diagnose- und Prognosewerkzeuge bereit, die die Ausbreitung radioaktiver Substanzen vorhersagen. Demnach bedarf es einer enorm starken Freisetzung, damit eine relevante Gefahr für Österreich besteht.

### Worst-Case-Szenario

„Wir haben eine Worst-Case-Berechnung mit einem schweren Unfall im westukrainischen AKW Riwne gemacht. Selbst bei ungünstigsten Wetterverhältnissen ist auszuschließen, dass in Österreich Maßnahmen wie das Einnehmen der Kaliumjodidtabletten oder das Verbleiben in den Häusern notwendig sind. Im schlimmsten Fall könnten Maßnahmen im Lebensmittelbereich zu setzen sein“, betont Hofer.

Dennoch: Zum ersten Mal sind AKWs nun Schauplatz von Kriegshandlungen. Neben den vier stillgelegten Blöcken von Tschernobyl gibt es in der Ukraine 15 Reaktorblöcke an vier aktiven Standorten. Dort, wo Brennelemente noch im Betrieb sind, ist für den Physiker und Risikoforscher Nikolaus Müllner von der Boku auch das Risiko am größten. „In den Sicherheitsnachweisen der AKWs sind kriegerische Ereignisse außen vor gelassen. Im schlimmsten Fall stellt man sich wohl einen terroristischen Anschlag mit Unterstützung eines Insiders vor“, erklärt Müllner. Für ihn stellt sich nicht nur die Frage, wie gut AKWs in Kriegswirren geschützt sind, sondern auch, wie die Sicherheitskonzepte nach diesen Kriegserfahrungen zu erweitern sind.

Derzeit sehen sie den Schutz vor Naturereignissen und technischen Gebrechen bis zu einer gewissen Eintrittswahrscheinlichkeit vor – die Gefahr von Meteoriteneinschlägen ist beispielsweise nicht mehr berücksichtigt. Neben potenziell gefährlichen Situationen wie der Zerstörung von Infrastruktur wie Notstrom, Turbinenhalle, Abklingbecken oder Frischdampfleitungen wäre das wohl gefährlichste durch Kriegshandlungen hervorgerufene

Szenario eine Kernschmelze, bei der sowohl der Reaktordruckbehälter als auch das umgebende Containment zerstört wird. Müllner: „Dann haben wir sehr erhebliche Freisetzungen von radioaktivem Material in kurzer Zeit.“

Der Großteil der Reaktoren in der Ukraine ist vom Typ WWER 1000. Die Wände des Containments sind hier aus 1,2 Meter starkem Spannbeton – eine Struktur, die laut Sicherheitsnachweis etwa dem Aufprall eines zehn Tonnen schweren Flugzeugs mit 750 km/h standhalten muss. Was braucht es nun, um eine Schutzvorrichtung dieser Art mit „militärischen Einsatzmitteln“ zu durchbrechen? Bernhard Traxl vom ABC-Abwehrzentrum des Bundesheeres, der mit Müllner bei der Analyse kooperiert hat, hebt mehrere Beispiele hervor.

#### Bunkerbrechende Waffen

Dazu gehören bunkerbrechende Gefechtsköpfe, die mit ihren speziell gehärteten Oberflächen mehrere Meter Stahlbeton durchschlagen, bevor sie explodieren. „Wenn dieser Gefechtskopf im Inneren eines Reaktors detoniert, ist es sicher, dass eine Zerstörung des Containments stattfindet“, sagt Traxl. Weiters sind die wesentlich kleineren Hohlladungsgefechtsköpfe, die üblicherweise gegen gepanzerte Fahrzeuge eingesetzt werden, eine Gefahr. Ein stark beschleunigter Metallstachel dieser Waffen hätte die Energie, das Containment zu durchschlagen, ohne aber im Inneren mit einer Explosion weiteren Schaden anzurichten. Das Resultat wäre ein Leck in der Schutzhülle.

Traxl geht nicht von einem vorsätzlichen Beschuss der AKWs in der Ukraine aus – dagegen ließen sich kaum Schutzmechanismen finden. Es seien aber dennoch Szenarien denkbar, in denen es zu Beschuss kommt. So könnten sich etwa Soldaten in einem AKW verschanzen, weil die Anlage einem Bunker gleicht, woraufhin die Gegner zu den erwähnten Waffensystemen greifen. Wenn auch die Stromzufuhr ausfällt und Hilfestellung unmöglich ist, wäre eine Kernschmelze mit Austritt von radioaktivem Material möglich. „Es müssen schon zwei, drei Faktoren zusammenkommen, dass ein Beschuss erfolgt“, betont Traxl.

Natürlich ist aber auch ein unabsichtliches – versehentliches oder von Unwissenheit geleitetes – Bombardement nicht auszuschließen. Besonders gefährlich wäre das in Riwne, wo die Anlagenarchitektur des hier errichteten WWER-440-Typs das Abklingbecken vergleichsweise ungeschützt lässt, wie Müllner hervorhebt. Dennoch: „Wenn man es nicht darauf anlegt, ist es sehr unwahrscheinlich, dass das Containment durchschlagen wird“, lautet auch das Resümee des Risikoforschers.

*Bild: Foto: Getty Images / Markue*

*Bild: Bereits in Friedenszeiten ist AKW-Sicherheit ein heißes Thema. Dass Atomanlagen in der Ukraine nun auch zu Kriegsschauplätzen wurden, hat die Debatte auf eine neue Ebene gehoben.*

*"Der Standard" vom 04.05.2022 Seite: 18 Ressort: Forschung Spezial Von: Klaus Taschwer Bundesland Abend, Bundesland*

## Den Vogeltankstellen geht das Wasser aus

Die Salzlacken im burgenländischen Seewinkel sind ein in Kontinentaleuropa einzigartiger Lebensraum für seltene Tier- und Pflanzenarten. Sein drohender Totalverlust hätte weitreichende Folgen.

Es war ein fröhlicher Auftakt mit Weinverkostungen, Blasmusik, Sportveranstaltungen, aber auch einigen Sorgenfalten: Ende April sorgten zahlreiche Veranstaltungen rund um den Neusiedler See im Burgenland für die Eröffnung der diesjährigen Seesaison. Getrübt wurde die Feierlaune des erstmals abgehaltenen See Opening aber durch den Wasserstand des Steppensees.

Der lag in den letzten Wochen nämlich nur bei rund 115,2 Metern über der Adria. Seit 1965 war zu dieser Zeit im Frühling nie weniger Wasser im „Meer der Wiener“. Eine Folge der Wasserkrise: Bereits jetzt werden manche Fähren auf dem See weniger schwer beladen. Fällt in den nächsten Wochen weiterhin nur wenig Regen, könnte ein „Normalbetrieb“ im Sommer unmöglich werden, denn der Neusiedler See erhält sein Wasser nur zu rund 20 Prozent aus Zuflüssen.

### Noch tiefere Wasserstände

Was dem eher kurzfristig ausgerichteten Tourismus Sorgenfalten bereitet, wird von der langfristiger denkenden Ökologie etwas gelassener betrachtet: „Vor 1965 war der Wasserstand des Neusiedler Sees immer wieder deutlich niedriger“, sagt Alois Lang, lange Jahre leitender Mitarbeiter des Nationalparks Neusiedler See – Seewinkel.

Erst seit diesem Jahr regelt ein bilaterales Abkommen zwischen Ungarn und Österreich, wann die Schleusen des Einser-Kanals betätigt werden, die den Abfluss des Wassers in die Donau regeln. Dieses Abkommen sorgte für einen höheren Wasserstand und geringere Schwankungen. Zuvor habe es auch Zeiten gegeben wie in den 1860er-Jahren, als der durchschnittlich einen Meter tiefe Steppensee fast zur Gänze ausgetrocknet war.

Ein anderes Phänomen, das ebenfalls mit Trockenheit zu tun hat, aber etwas anders geartet ist, bereitet den Fachleuten des grenzüberschreitenden Nationalparks mehr Sorgen: das Verschwinden der Salzlacken, die eine besondere Rarität sind. Im europäischen Binnenland sind diese regelmäßig austrocknenden Gewässer nur mehr im Seewinkel und in Zentralungarn zu finden, was die Erhaltung dieses einzigartigen Lebensraums besonders wichtig macht.

### 71 Prozent weniger Lacken

Während niedrige Pegelstände des Neusiedler Sees längerfristig betrachtet immer wieder auftraten, ist die Entwicklung der Salzlacken von einem unwiederbringlichen Verlust geprägt: „Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat ihre Zahl um 71 Prozent abgenommen, die Ausdehnung der Wasserflächen ist um 82 Prozent gesunken“, sagt der Ornithologe Michael Dvorak von Birdlife Österreich bei einem Onlinevortrag im Rahmen der Bird Experience (kurz: Bex), die Ende April in Illmitz und Umgebung stattfand.

Diese Veranstaltung ist Österreichs wichtigster jährlicher Treffpunkt für Vogelinteressierte aus dem In- und Ausland und lockt hunderte „Birder“ in den Nationalpark. Denn die Region verfügt über einen in Österreich einzigartigen Vogelartenreichtum: Bis Ende 2021 wurden dort nicht weniger als 371 wild lebende Vogelspezies nachgewiesen, wie Dvorak erklärt. Der führende ornithologische Experte für das Gebiet muss es wissen: Er stellt nach mehr als fünfjähriger Forschungsarbeit gerade eine umfassende Bestandsaufnahme der sogenannten Avifauna des Seewinkels zusammen.

Zwischenergebnisse, über die Dvorak schon dieses Mal berichtet, verheißen wenig Gutes: Auch wegen des fortschreitenden Rückgangs der Salzlacken, die so etwas wie Tankstelle vieler

Vogelarten bei ihrem Frühlingszug von Afrika nach Norden sind, gingen die Bestandszahlen zum Teil drastisch zurück. Gab es in den 1950er-Jahren beispielsweise noch 80 bis 100 brütende Seeregenpfeiferpaare, waren es vor 20 Jahren nur noch knapp 50. „Aktuell sind es weniger als zehn“, sagt Dvorak, der befürchtet, dass der rare Watvogel in zehn Jahren „Geschichte sein wird“.

#### Exkursion an den Zicksee

Bei einer frühmorgendlichen Exkursion an den Zicksee bei St. Andrä – je nach Betrachtung ein kleiner Steppensee oder eine große Salzlacke – zeigen sich dennoch alle häufig in der Region vorkommenden Limikolen, wie die Watvögel von den Vogelkundigen bezeichnet werden. Darunter sind auch Seeregenpfeifer, und einige Paare anderer Arten lassen sich trotz der zahlreichen Birdwatcher nicht bei der morgendlichen Kopulation irritieren.

Dass sich am Zicksee oder auch an der Darscho-Lacke bei Apetlon gerade besonders viele durchziehende und brütende Vögel tummeln, hängt allerdings schlicht auch damit zusammen, dass sein ebenfalls niedriger Wasserpegelstand mit künstlich zugeführtem Wasser einigermaßen stabilisiert wird, wie Harald Grabenhofer bei einer weiteren Fachexkursion erklärt.

Der Boku-Absolvent, der im Nationalpark den Fachbereich Forschung, Monitoring und Citizen Science leitet, stammt aus der Region und kann sich noch an etliche Salzlacken erinnern, die es in seiner Jugend noch gab, mittlerweile aber „ausgesüßt“ und damit vermutlich für immer verschwunden sind. Von den knapp 40 noch existierenden Salzlacken sind im Grunde nur noch wenige ganz intakt, sagt Grabenhofer. „Das macht es nicht gerade leicht, optimistisch zu bleiben.“

Der dramatische Salzlackenschwund liegt vor allem am Absinken des Grundwasserspiegels, der um rund eineinhalb Meter zu tief liegt, wie Grabenhofer erklärt.

Dadurch reißt nämlich der Kapillarstrom ab, der im Sommer die ausgetrockneten Lacken von unten mit Feuchtigkeit und Salz versorgt und die ganz besondere Fauna und Flora gewährleistet. Süßt die Lacke auf diese Weise aus, geht auch der einzigartige Lebensraum für die angepassten Pflanzen und Tiere unwiederbringlich verloren.

#### Schwieriges Gegensteuern

Gegenmaßnahmen sind nicht ganz einfach: Durch künstliche Salz- und Sodaeinbringung lässt sich an der Degradierung der Salzlacken nur wenig ändern, sagt Grabenhofer. Pro Quadratmeter brauche es dafür nämlich rund drei bis fünf Kilogramm Soda, wie Versuche vor zwei Jahren gezeigt habe. Das mache pro Hektar drei bis fünf Tonnen und sei schon rein logistisch so gut wie unmöglich.

Immerhin: Die drei Hauptfaktoren, die neben dem Klimawandel zum Absinken des Grundwasserspiegels in der Region beitragen, sind seit vielen Jahren bekannt. Neben der Verbauung und den Entwässerungskanälen zählen dazu vor allem die Grundwasserentnahmen durch die Landwirtschaft. Entsprechend seien umfassende Planungen und wohlüberlegte Maßnahmen nötig.

Ganz hat Grabenhofer seinen Optimismus aber noch nicht verloren. Das liegt auch daran, dass vom Nationalpark Neusiedlersee – Seewinkel ein sogenanntes Life-Projekt bei der EU eingereicht wurde. Sollte es positiv begutachtet werden – eine Entscheidung wird dieser Tage erwartet –, könnten vielleicht doch noch rechtzeitig Maßnahmen zur Rettung der Vogeltankstellen getroffen werden.

Die Recherchen im Seewinkel wurden von Burgenland Tourismus unterstützt.

*Bild: Die Salzlacken östlich des Neusiedler Sees (hier der Untere Stinkersee bei Illmitz) sind vom Verschwinden bedroht. Schuld daran ist vor allem der zu niedrige Grundwasserspiegel.*

*Bild: Foto: Christian Fischer*

"bz - Wiener Bezirkszeitung" Nr. 18 vom 04.05.2022 Seite: 9 Ressort: Werbung Bezirkszeitung Liesing

## Sie backen seit 60 Jahren

Brotliebhaber sind in der Bäckerei Szihn richtig: Der Familienbetrieb setzt auf Qualität und Nachhaltigkeit.

Sechs Standorte hat die Bäckerei Szihn in Liesing insgesamt – der Stammsitz befindet sich in der Breitenfurter Straße 354. "Hier haben wir vergangenes Jahr das 60-jährige Jubiläum gefeiert", freut sich Alexandra Szihn, die den Betrieb heute gemeinsam mit ihrem Mann führt. Stefan Szihn übernahm die Bäckereiketete 1988 von seinen Eltern Ferdinand und Marlene Szihn, die die Firma von den Anfängen in den 1960er-Jahren zur Liesinger Institution gemacht haben.

### Bäckereien auf Rädern

"Wir kombinieren klassisches Bäckerhandwerk mit Regionalität: Unsere Zutaten kommen ausschließlich auf kurzen Wegen zu uns in die Breitenfurter Straße, wo wir auf rund 1.500 Quadratmetern für alle Filialen im 23. Bezirk backen", erklärt die Firmenchefin. Übrigens betreibt der Familienbetrieb auch mobile Bäckereifilialen: "Vier Autos bringen unsere Produkte zu Brotliebhabern in der Stadt." Hohe Qualität steht dabei seit Jahrzehnten im Vordergrund: "So gibt es keinerlei Zusatzstoffe in unseren Broten, Weckerln und Mehlspeisen", sagt Szihn. Aktuell läuft in allen Szihn-Filialen auch eine Aktion mit der Universität für Bodenkultur: Dabei sollen Kunden ihre eigenen Coffee-to-go-Häferl mitbringen. "Damit sparen wir jährlich tausende Styroporbecher und viele Tonnen Müll."

Wie spricht man "Szihn" eigentlich richtig aus? "Angeblich stammt der Name aus dem Ungarischen und 'sz' wird ja wie das scharfe S ausgesprochen – ganz korrekt also 'Ssihn'." Mehr Infos online auf [www.szihn.at](http://www.szihn.at)

*Bild: ... im Stammsitz in der Breitenfurter Straße 354 Tag für Tag einige Tonnen frisches Brot und andere Bäckereiprodukte gebacken.*

*Bild: Für die sechs Filialen im Bezirk (hier am Liesinger Platz) werden ...*

"Woche Murtaler Zeitung" Nr. 18 vom 04.05.2022 Seite: 6 Ressort: Lokales Woche Murau

## Die Flugshow als Vorbild

### Die Airpower 2022

findet statt und soll neue Maßstäbe in puncto Nachhaltigkeit bei Großevents setzen.

MURTAL. Um 30 Prozent weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen als bei der letzten Airpower 2019. Das sind rund 1.400 Tonnen: So lautet das Ziel der Organisatoren des Großevents, das am 2. und 3. September heuer nach drei Jahren Pause wieder in Zeltweg stattfindet. Damit möchte das Österreichische Bundesheer mit dieser "fliegenden" Leistungsschau ein "Role-Model" in Sachen Nachhaltigkeit etablieren und Vorreiter für weitere derartige Großevents werden.

Erarbeitet wurde das Konzept mit einer Reihe von unabhängigen Experten, wie beispielsweise der Universität für Bodenkultur (Boku) Wien, die die Veranstalter zu den Themen Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung im Vorfeld berieten. "Wir ziehen das durch alle Bereiche der Airpower durch", erklärte Verteidigungsministerin Klaudia Tanner bei der Präsentation der Nachhaltigkeitsstrategie für die Airpower22 in der Grazer Belgierkaserne.

### Einsparungen möglich

Ursprünglich geplant war eine Verringerung der Emissionen um 15 Prozent gegenüber 2019. "Auf Basis der aktuell kalkulierten Daten und Prognosen wird sogar eine Einsparung von 30 Prozent möglich sein", sagt Tanner. Der größte Hebel ist und bleibt dabei die Besucher-Mobilität. "Die ist der größte Verursacher", wie Major Sebastian Schwab betont. Er leitet innerhalb des Bundesheers die Stabstelle Nachhaltigkeit. "70 Prozent der Emissionen stammen aus den Besucher-Bewegungen", erklärt Schwab. Das sind 1.700 Tonnen an CO<sub>2</sub>-Emissionen. Dem gegenüber stehen die rund 1.400 Tonnen an CO<sub>2</sub>-Emissionen, die durch die Luftfahrt selbst verursacht werden. Wobei Schwab einräumt, dass diese Flugbewegungen der einzelnen Militärkräfte ohnehin stattfinden würden. "Das sind Trainings, die geplant sind, und nun im Rahmen der Airpower absolviert werden".

Und auch thematisch soll der Fokus bei der Airpower22 im Bereich Nachhaltigkeit liegen. "Neben den klassischen Schwerpunkten wird auch die Forschung für eine umweltverträgliche Luftfahrt eine maßgebliche Rolle spielen." Die Antriebe und Treibstoffe der Zukunft werden präsentiert werden. So werden "electric aircraft technologies" in Zeltweg vorgeführt werden.

Bekanntlich wurde nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs auch der Ruf nach einer Absage der militärischen Flugshow laut. Hier kommt weiterhin ein klares Bekenntnis zur Durchführung aus dem Verteidigungsministerium: "Die Situation wird laufend beobachtet und evaluiert", erklärt Tanner. "Aber wir sehen es so, dass wir mit der Show die Möglichkeit haben, die österreichische Souveränität und Neutralität zu demonstrieren. Ich glaube, dass es gerade jetzt wichtig ist, der Öffentlichkeit zu zeigen, was unsere Aufgaben sind."

*Bild: Airpower22: Gerhard Schweiger, Ernst Trinkl, Wolfgang Prieler, Ministerin Klaudia Tanner, Wolfgang Mattes, Sebastian Schwab.*

"Woche Weiz" Nr. 18 vom 04.05.2022 Seite: 4,5 Ressort: Auftakt Woche Gleisdorf, Woche Weiz & Birkfeld

## Gleisdorf stellt sich Zukunftsfragen

Gleisdorf möchte Maßnahmen gegen umweltschädliche Versiegelung und Bebauung setzen.

Vielerorts ist die Versiegelung und die Zerstörung von Grünraum durch Bebauung ein Thema. In Gleisdorf möchte nun die Politik mit dem Auftakt des Bürgerbeteiligungsprozesses zum Thema „Sachbereichskonzept Grün- und Freizeitraum“ maßgebliche Schritte in Richtung Verbesserung der Situation setzen.

Am stärksten geprägt wurde die Auftaktveranstaltung des Bürgerbeteiligungsprozesses vom Vortrag der Universitätsprofessorin Gerlind Weber. In Form von Fakten und Beispielen brachte sie dem Publikum hierbei eindrucksvoll die unzähligen schwerwiegend negativen Auswirkungen von Versiegelung, Zersiedelung und Grünraumzerstörung näher. Mit den Sätzen „Die bisher bebauten Flächen müssen den Nutzungsbedarf stillen. Wir müssen das Bebauen von neuen Grünflächen künftig unterlassen und die bisher in Anspruch genommenen Flächen bestmöglich nutzen“, legt Weber bei der stark wachsenden oststeirischen Kleinstadt Gleisdorf den Finger in eine Wunde und nimmt die verantwortlichen Kräfte aus der Lokalpolitik streng in die Pflicht. Es blieb ihrerseits allerdings nicht nur bei Kritik, sie nannte und erläuterte auch mögliche Lösungsvorschläge. Dazu zählt das starke Verringern oder gar Stoppen des Zuzugs und zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzung, keine neuen Bebauungsflächen und zahlreiche kleine grüne Zonen in der Innenstadt, um das Mikroklima erheblich aufzubessern. „Jeder kleine grüne Fleck ist essenziell“, so die Universitätsprofessorin.

### Sichtliche Interessenskonflikte

Auch auf etwaige Interessenskonflikte wurde in der anschließenden Diskussionsrunde eingegangen. Wirtschaftlich ist Zuzug grundsätzlich für jede Gemeinde eine positive Sache. Da dieser zwangsläufig mit der Errichtung neuer Wohnhäuser sowie den Ausbau von öffentlichen Gebäuden wie Schulen und Kindergärten verbunden ist und demzufolge bei wachsender Bevölkerung neue Bebauungsflächen nötig sind, ist Zuzug kaum bis gar nicht mit effizientem Umweltschutz zu vereinbaren. Früher oder später ist hier also eine schwierige Entscheidung zu treffen.

### Die Pläne der Stadtgemeinde

Auf die Präsentation von Weber antworteten die Verantwortlichen für Raumplanung Wolfgang Weber und Günter Reissner sowie Bürgermeister Christoph Stark mit revolutionären Vorhaben. Zum einen möchte man mit gesetzlichen Bestimmungen Freiräumen einen Wert geben und Boden- und Klimaschutz in niedergeschriebene Richtlinien gießen. Künftig soll laut Wolfgang Weber kaum mehr neues Bauland hinzukommen. Außerdem soll in der Stadt ein „grünes Netz“ errichtet werden, indem Grünräume bewertet, gesichert und vernetzt werden und so eine Funktion bekommen.

Für eine "klimafitte" Entwicklung der bislang bebauten Flächen benötigt man nun Hilfe von der Bevölkerung und bindet diese in den Prozess ein. Ob das Thema Umwelt- und Klimaschutz den Verantwortlichen ernsthaft am Herzen liegt oder man dieses doch nur für eine bessere Öffentlichkeitsarbeit als Imageaufwertung nutzt, wird sich erst mit der Realisierung der größten und wichtigsten Maßnahmen zeigen.

*Bild: Regen Andrang gab es von der Bevölkerung beim Auftakt des Bürgerbeteiligungsprojektes. Die nächsten Schritte folgen im ...*

*Bild: Universitätsprofessorin Dr. Gerlind Weber als Star-Rednerin*

"lko.at" gefunden am 03.05.2022 10:42 Uhr

## Internationale Vernetzung der besten Ideen für mehr Klimaschutz im Forst

### **Kwizda Agro lädt zum "Trico Forestry Campus" von 7. bis 9. Juni**

Wien, 3. Mai 2022 (aiz.info). - Eine internationale Vernetzung der besten Ideen hinsichtlich klimarelevanter Themen im Forstbereich strebt Kwizda Agro an. "Aktuelle Schadflächen nach Waldbränden und Borkenkäfer-Kalamitäten bieten die Chance, die Wälder mit ganzheitlichen Strategien klimafit und resilient wiederaufzuforsten. Dazu braucht es jedoch eine stärkere internationale Vernetzung der besten Ideen und einen intensiven Dialog aller Stakeholder", sagt die Leiterin des Geschäftsbereichs "New Technologies" bei Kwizda Agro, Catalina Bardewyk.

Das zeigte einmal mehr das "International Forest Policy Meeting" Ende April, das alle zwei Jahre vom European Forest Institute, von der Universität Wageningen und der Universität für Bodenkultur in Wien veranstaltet wird. Dabei wurden unter anderem die zahlreichen Effekte diskutiert, die der Klimawandel mit sich bringen wird. Für viele Herausforderungen bietet der Wald Lösungen: Er reduziert Schadstoffe und CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre, hat eine Schutzfunktion bei Extremwetterereignissen, ist eine nachwachsende Ressource und Lebensraum für zahlreiche Pflanzen und Tiere. Mit dem "Trico Forestry Campus" von 7. bis 9. Juni 2022 in Kitzbühel will Kwizda Agro zur internationalen Vernetzung der Forst-Stakeholder und ihrer Ideen beitragen.

"Mit der Veranstaltung wollen wir Expertinnen und Experten aus den Bereichen Forst- und Holzwirtschaft, Jagd, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft aus Nordamerika und Europa vernetzen. Dadurch soll das Wald- und Forstnetzwerk gestärkt und ein langfristiger Dialog über eine nachhaltige Waldentwicklung hin zu klimafitten Wäldern etabliert werden", sagt Bardewyk. (Schluss)

"kurier.at" gefunden am 03.05.2022 17:15 Uhr

## Neues „Sonnenfeld“ liefert Strom und Nahrung

### **Solarpaneel neben Salat: Forscher testen Fotovoltaikanlage, bei der die Fläche auch landwirtschaftlich genutzt wird**

Beim Spatenstich neben der A4 in Bruck/Leitha wurde klar, warum hier eine neue Fotovoltaikanlage entstehen soll: gnadenlos brannte die Sonne Dienstagmittag vom nahezu wolkenlosen Himmel.

Künftig soll hier Strom für mehr als 1.000 Haushalte produziert werden. Doch die Anlage auf dem fünf Hektar großen Feld ist keine gewöhnliche. Vielmehr wird hier nach mehrjähriger Entwicklung eine Agri-PV-Forschungsanlage errichtet.

Am Dienstag wurde der Spatenstich gefeiert © Bild: Katharina Zach

Das „Sonnenfeld Bruck/Leitha“ soll nicht nur Sonnenstrom erzeugen, sondern auch Lebensmittel liefern. 80 Prozent der Fläche können weiter landwirtschaftlich genutzt werden, 13 Prozent werden als Blühstreifen dienen, nur zwei Prozent werden durch die PV-Anlagen verbraucht. So soll die Biodiversität gesteigert und die Bodenversiegelung reduziert werden.

Ob und wie das funktioniert, wird in den nächsten drei Jahren untersucht. Das Projekt wird von Forschern der Uni für Bodenkultur in Wien begleitet. So soll geklärt werden, wie die landwirtschaftliche Bewirtschaftung am besten funktioniert und welche Pflanzenkulturen sich eignen. Damit können Konzepte für eine mehrfache Nutzung von Feldern entwickelt werden.

Weitere Projektpartner sind der Energiepark Bruck/Leitha sowie EWS Consulting. Gefördert wird das Projekt mit einer Investitionssumme von 3,9 Millionen Euro vom Klima- und Energiefonds.

Entbürokratisiert

Die Ziele in Österreich sind groß: Bis 2030 sollen mithilfe von PV-Anlagen jährlich zusätzlich 11 Terrawattstunden Sonnenstrom erzeugt werden. In Niederösterreich werden künftig nach einer Gesetznovelle Fotovoltaikanlagen bis zu einer Modulspitzenleistung von einem Megawatt genehmigungsfrei.

"orf.at" gefunden am 03.05.2022 21:30 Uhr Von: Juliane Nagiller

## Wie Humus zum Klimaschutz beiträgt

### **In Böden ist viel Kohlenstoff gespeichert – weshalb sie immer stärker im Zentrum weltweiter Klimaschutzinitiativen stehen.**

Mittels „carbon farming“ will die EU den Humusaufbau in Europas Böden fördern und lukrativ machen. Potenzial ist vorhanden, jedoch ist es sehr ungleich verteilt.

Fruchtbare Böden sind ein sehr belebter Lebensraum. In ihnen wimmelt es nicht nur von Bodentieren, von Regen- und Fadenwürmern, Asseln und Wimperntierchen, sondern vor allem von Mikroorganismen, von Pilzen, Bakterien und Archaeen. „Schätzungsweise hat man in einem Gramm Boden circa eine Milliarde bis zehn Milliarden mikrobielle Zellen“, erklärt Christina Kaiser vom Zentrum für Mikrobiologie und Umweltsystemwissenschaften der Universität Wien. Je mehr Pflanzenreste im Boden, desto belebter ist er, sagt die Ökologin. Abgestorbene Pflanzenteile dienen den Mikroorganismen als Nahrung.

#### Mehr als Pflanzenreste

Dachte man früher, dass Humus zum Großteil aus nicht abgebauten Pflanzenresten besteht, so weiß man heute, dass es sich dabei um bereits verarbeitetes Material handelt. Material, das von Mikroorganismen aufgenommen, verwertet und durch Wachstum in ihre eigene Biomasse eingebaut wurde. „Der Großteil des Humus sind eigentlich die Überreste und die Stoffwechselprodukte der Mikroorganismen“, sagt Kaiser. Nur ein kleiner Teil sei nicht abgebautes Pflanzenmaterial.

#### Bewirtschaftung, die dem Boden gut tut

Humus macht Böden fruchtbarer, weshalb Humusaufbau schon immer im Fokus nachhaltiger Landwirtschaft stand. Neu sei die Klimaperspektive auf den Humus, sagt Gernot Bodner vom Institut für Pflanzenbau der Universität für Bodenkultur Wien. „Sowohl die Vielfalt als auch die Menge der Boden-Mikrobiologie in Ackerböden hat abgenommen“. Der Grund dafür seien offen liegende Äcker, auf denen keine Pflanzen wachsen. Mikroorganismen bevorzugen ein vielfältiges Futter, weshalb sie sich besonders über Zwischen- oder Untersaaten freuen, die aus einer Mischung verschiedener Pflanzenarten bestehen.

#### Humusaufbau in Ackerflächen

Eine Bewirtschaftung „nahe an der Natur“, mit Zwischensaaten und einer geringen Bodenbearbeitung, kann den Humusgehalt im Boden erhöhen. Das konnten Gernot Bodner gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen im Forschungsprojekt „Boden.Pioniere“ zeigen. Böden von „Pionierbetrieben“, die ihre Flächen bodenaufbauend bewirtschafteten, wiesen um mehr als 20 Prozent mehr Humus auf und auch das mikrobielle Bodenleben konnte um fast 40 Prozent gesteigert werden.

Gleichzeitig gebe es aber auch Grenzen, was Humusvorräte in Ackerböden betrifft, erklärt der Forscher. Im Forschungsprojekt wurden auch Ackerränder als natürliche Referenzfläche beprobt. Sowohl ihr Humusgehalt als auch ihr Bodenleben waren ausgeprägter. „Jetzt stellt sich die Frage: Ist eine natürliche Referenzfläche ein vernünftiges Ziel für den Ackerbau? Und da muss man sehr vorsichtig sein, weil der Ackerbauer erntet. Das heißt, er bringt notwendigerweise etwas vom Feld weg, weil sein Ziel ja Lebensmittelproduktion ist.“

#### AFP – PHILL MAGAKOE

#### 4-Promille für den Klimaschutz

Das Potenzial des Bodens CO<sub>2</sub> zu binden, wurde bereits bei der Klimakonferenz 2015 in Paris diskutiert. Laut der dort vorgestellten „4-Promille-Initiative“ könnten die jährlich anfallenden, vom Menschen verursachten, CO<sub>2</sub>-Emissionen im Boden gebunden werden, wenn es gelingt, den

Humusgehalt aller Böden um jährlich vier Promille zu steigern. Ein theoretisches Potenzial, sagt dazu Sophie Zechmeister-Boltenstern, die das Institut für Bodenforschung an der Universität für Bodenkultur leitet. Den Mikroorganismen im Boden macht die Klimaerwärmung zu schaffen; Humus geht stärker verloren. „Wenn es wärmer wird, dann fangen sie quasi zum Hecheln an, atmen also stärker und bauen mehr Humus ab.“

Das Humusaufbaupotenzial für Europas Böden wurde kürzlich im Rahmen des Forschungsprojekts EJP Soil berechnet. „Es reicht nicht aus, um wirklich die gesamten Emissionen einzufangen, aber es ist doch höher als erwartet“, sagt Sophie Zechmeister-Boltenstern. Bis zu dreißig Prozent der Emissionen, die in der Landwirtschaft anfallen, könnten durch Humusaufbau in Europas Böden gespeichert werden, so das Ergebnis.

Positiv sei, dass Landwirte und Landwirtinnen durch Humusaufbau einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und ihre Äcker gleichzeitig resistenter machen können, meint Zechmeister-Boltenstern. Gibt es viel Humus im Boden, kann der Boden besser Wasser halten, Erosionen werden weniger und die Felder müssen weniger stark gedüngt werden.

Radiothek 3.5.2022, 19.05 Uhr

Ö1-Dimensionen: Lebendiger Boden

Dimensionen

in der Radiothek hören

Humus-Wirtinnen und Wirte

Noch dieses Jahr möchte die EU-Kommission einen Gesetzesentwurf für „carbon farming“ vorlegen. Landwirtinnen und Landwirte sollen künftig Zahlungen erhalten, wenn sie den Humusgehalt ihrer Böden steigern, so die Idee hinter der Initiative.

Von Seiten der Wissenschaft wird diese Idee skeptisch gesehen. Es sei schwierig, Humusaufbau nachzuweisen, gerade wenn es um Unterschiede im Promille-Bereich geht. Zudem würden durch ein Zahlungssystem all jene Landwirtinnen und Landwirte benachteiligt, die sich bereits jetzt um den Humus in ihren Böden kümmern. „Humusaufbau ist nicht auf allen Flächen im gleichen Ausmaß möglich“, sagt Gernot Bodner. Es gebe eine Sättigungskurve: In humusreichen Böden gelte es den Humusanteil zu erhalten; weiter anreichern könne man diese Böden nicht.

Österreichs Böden hätten bis in die 1990er Jahren Humus verloren, erzählt Sophie Zechmeister-Boltenstern. Dann habe ein Umdenken eingesetzt und gewisse Techniken, wie beispielsweise Stroh verbrennen, wurden verboten. Heute seien die Böden in Österreich weniger degradiert als etwa die Böden am Balkan, weshalb Österreich auch, was den Humusaufbau betrifft, von einem relativ hohen Niveau aus starte und die Möglichkeiten Humus aufzubauen geringer seien.

*"packaging-austria.at" gefunden am 03.05.2022 11:24 Uhr*

## Austro Vin Tulln vom 5. bis 7. Mai 2022

**Von fünften bis siebenten Mai 2022 findet bereits zum zweiten Mal die Austro Vin Tulln statt. Auf 18.000 Quadratmeter präsentieren 240 Fachaussteller 450 Marken aus 14 Nationen die gesamte Wertschöpfungskette für den Wein- und Obstbau.**

Im Kompetenzzentrum für Wein- und Obstbau gibt es unter anderem: Wein- und Obstbautraktoren, Bodenbearbeitungsmaschinen, Wein- und Obstbaupressen, Etiketten, Verpackungsmaschinen, Füllanlagen und Verschlusstechnik bis hin zur Gastronomieeinrichtung und -ausstattung. Ein umfangreiches Fachprogramm unter der Leitung der ideellen Träger Weinbauverband Österreich und Bundesobstbauverband Österreich sowie in Kooperation mit der BOKU und den Fachschulen für Wein- und Obstbau rundet das Messekonzept ab. 30 Experten aus allen Fachbereichen tragen interessante Themen auf der Expertenbühne an allen drei Messetagen durchgängig vor. Am Freitag gibt es ein Schwerpunktthema für den Obst- und Weinbau: „Aktuelle Schaderreger im Obst- und Weinbau“, Obstbau unter sich ändernden Rahmenbedingungen: Risiken und Chancen“, oder „Richtige Kennzeichnung und Etikettierung von Obstverarbeitungsprogrammen“. Im Anschluss stehen die Experten für Fragen zur Verfügung. Weitere Informationen: [www.austro-vin.at](http://www.austro-vin.at).

"oekonews.at" gefunden am 03.05.2022 23:57 Uhr

## "Sonnenfeld Bruck/Leitha": Spatenstich für Agri-Photovoltaik-Leuchtturmprojekt

**Sektionschef Jürgen Schneider und Ingmar Höbarth vom Klima- und Energiefonds setzten gemeinsam mit dem Projektteam nach mehrjähriger Entwicklungsphase den Schritt von der Planung in die Umsetzung.**

Bruck/Leitha- Am Tag der Sonne erfolgte der Spatenstich zur 5 ha Agri-PV-Forschungsanlage „Sonnenfeld Bruck/Leitha“, einem Vorreiterprojekt für die Energiewende in Österreich, das naturverträgliche Sonnenstromerzeugung bei geringstem Flächenverbrauch vorzeigen soll. Um die Versorgungssicherheit zu erhöhen und die Erreichung der Klimaziele zu unterstützen, wurde in den letzten zwei Jahren die Entwicklung des Leuchtturmprojektes intensiv vorangetrieben. Am Sonnenfeld wird ab Herbst 2022 Strom für mehr als 1.000 Haushalte produziert. Rund ein Fünftel des Gesamtstromverbrauchs in Österreich könnte in Zukunft von Agri-PV-Anlagen, wie dem Sonnenfeld, produziert werden. Das wäre nicht nur ein Schritt um den Klimaziele Österreichs einen großen Schritt näher zu kommen, gleichzeitig bringt dies mehr Versorgungssicherheit und Preisstabilität im Energiebereich. "Wir nehmen unser Schicksal in die eigene Hand. Wir müssen nicht kleckern, sondern klotzen, um unsere Ziele zu erreichen," so Jürgen Schneider, der als Vertretung von Klimaschutzministerin Leonore Gewessler teilnahm.

Das wesentliche Ziel des Projekts: Maximaler Stromertrag bei minimalem Flächenverbrauch und möglichst geringen Kosten. 80 % der Fläche können so landwirtschaftlich genützt werden, 18 % helfen bei der Steigerung der Biodiversität mittels Blühstreifen und Bienenweiden, und nur 2 % der Fläche werden temporär durch die Errichtung der PV-Anlagen verbraucht, das sind ca. 1000 m<sup>2</sup>, das ist soviel, wie etwa durch die Errichtung von zwei Einfamilienhäusern in einem Garten verbraucht wird. Durch die Mehrfachnutzung, mit geichzeitiger Lebensmittel- und Stromproduktion wird ein harmonisches Nebeneinander erreicht, die Biodiversität gesteigert und der Bodenversiegelung der Kampf angesagt. Das interdisziplinäre Team wird in Begleitung der Universität für Bodenkultur in den nächsten drei Jahren durch angewandte Forschung Fragen zur gleichzeitigen Erzeugung von Sonnenstrom und Lebensmitteln auf Acker- und Grünland klären können. Die technischen Komponenten sind bereits langjährig erprobt – nicht jedoch in Kombination mit einer landwirtschaftlichen Nutzung. Darum werden die Wechselwirkungen von paralleler Strom- und landwirtschaftlicher Erzeugung unter verschiedenen Voraussetzungen untersucht.

„Wir erwarten uns Information, wie die maschinelle landwirtschaftliche Bewirtschaftung in der Praxis am besten funktioniert, welche Pflanzenkulturen sich optimal eignen und welche Auswirkungen die Agri-Photovoltaik-Anlage auf die Biodiversität hat“, meint Geschäftsführer Michael Hanneschläger von der Energiepark Bruck GmbH. Joachim Payr, Geschäftsführer der EWS Consulting GmbH., die bereits seit 27 Jahren Projekte mit dem Energiepark Bruck umsetzt, sagt: "Es können soziale Akzeptanz und innovative Technik gleichzeitig erreicht werden. Das Hauptthema ist, die Bevölkerung bei der Energiewende mitzunehmen.

Ziele auf Bundesebene

Die Österreichische Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den heimischen Stromverbrauch bis

2030 aus heimischen Erneuerbaren Energien zu decken. Mit Hilfe von PV-Anlagen sollen bereits 2030 jährlich zusätzlich 11 TWh Sonnenstrom erzeugt werden.

Es gibt also kostengünstige, regionale und rasch umsetzbare Lösungen, um von Gas-, Öl- sowie Atomstromimporten unabhängiger zu werden und dadurch den Wirtschaftsstandort Österreich krisensicherer zu gestalten.

„Damit uns der Ausstieg aus fossilem Gas gelingt, werden wir unsere heimischen grünen Energien aus Wind, Wasser, Sonne und Biomasse massiv ausbauen. Dazu müssen wir alle an einem Strang ziehen – Bund, Länder und Gemeinden und innovativ sein. Hausdächer, Lärmschutzwände aber auch landwirtschaftliche Flächen können für die Stromerzeugung genutzt werden. Die Agri-PV Anlage hier in Bruck an der Leitha ist ein Vorzeigeprojekt – sie verbindet die Produktion von wertvollen Lebensmitteln mit der Energiegewinnung aus der Sonne. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zu unserer Versorgung mit Obst, Getreide und Gemüse und zur Energiewende.“

Das Sonnenfeld Bruck/Leitha als Vorzeigeprojekt auch für den Klimafonds

DI Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds: „Das spannende an innovativen Pilotprojekten ist, dass aus einer Idee eine reale Umsetzung in der Praxis entsteht. Die Agri-PV-Anlage Sonnenfeld Bruck/Leitha trifft den Nerv der Zeit und darüber hinaus gleich mehrere wichtige Aspekte wie z.B. die Berücksichtigung des Flächenverbrauchs und der Biodiversität.“ Der Klima- und Energiefonds fördert dieses Leuchtturmprojekt maßgeblich und unterstützt strategische Vorreiter bei der konkreten Umsetzung.

"falter.at" gefunden am 03.05.2022 17:32 Uhr Von: PORTRÄT: ANNA GOLDENBERG

## Der 617. Vater für die Alma Mater

### **Die Universität Wien macht den Kunsthistoriker Sebastian Schütze zu ihrem neuen Rektor. Wie konnte er sich durchsetzen?**

Illustration: Oliver Hofmann

Aus den Fingern der jungen Frau ragen Blätter, ihre Zehen ähneln Wurzeln, um ihren nackten Körper rankt sich Baumrinde. Ihr Blick ist verzweifelt. Die Nymphe Daphne entkommt dem Gott Apollo, indem sie sich in einen Lorbeerbaum verwandelt. Der italienische Bildhauer Gian Lorenzo Bernini schuf die Marmorskulptur im 17. Jahrhundert.

"Damit hat der junge Bernini den Wettstreit mit der antiken Skulptur für sich entschieden", sagt Sebastian Schütze. Für einen Kunsthistoriker wie ihn ist die Frage nach dem liebsten Werk eine schwierige, doch der 60-Jährige tut sein Bestes, eine Antwort zu geben. Fragen beantworten, das muss er künftig ohnehin öfters. Denn seit vergangenem Samstag steht fest, dass Schütze der neue Rektor der Universität Wien ist.

Ab 1. Oktober leitet er die größte deutschsprachige Universität, einen Riesentanker mit 89.000 Studierenden, 10.300 Angestellten und einem jährlichen Budget von rund 630 Millionen Euro. Vier Jahre dauert seine Amtszeit, zweimal kann sie verlängert werden. Das macht Schütze zu einem mächtigen Mann.

So manche an der Uni googelten dennoch am Wochenende seinen Namen. Am 1. Oktober 2009 trat Schütze hier eine Professur am Institut für Kunstgeschichte an, mehrere Jahre lang leitete er das Institut, seit vier Jahren ist er Dekan der historischkulturwissenschaftlichen Fakultät. Hört man sich unter jenen Universitätsangehörigen um, die ihn kennen, fällt kein schlechtes Wort über den gebürtigen Düsseldorfer. Gut im Umgang mit Menschen, bestimmt in seinen Entscheidungen, aber respektvoll in der Kommunikation. Charmant, vielsprachig und, ja, auch gutaussehend, aber nicht, dass das eine Rolle spielt.

Wichtiger ist vielmehr, dass Schütze in der Kunstgeschichte als angesehen gilt. Zu seinen Leidenschaften gehört die Sammlungsgeschichte. Wer besaß wann und wo welche Kunstwerke? Mit welcher Intention gaben reiche Mäzene Werke in Auftrag, wie kommunizierten sie mit den Künstlern? Für seine Habilitation, die er 1997 an der Freien Universität Berlin ablegte, beschäftigte er sich mit dem italienischen Kardinal Maffeo Barberini, dem späteren Papst Urban VIII., der den Barockkünstler Bernini förderte. "Als Zeitgenossen haben wir einen anderen Blick auf historische Kunstwerke", sagt Schütze. "Sammlungsgeschichte hilft, den historischen Kontext zu verstehen."

In Wien gründete er das Vienna Center for the History of Collections, eine Kooperation mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Noch diesen Herbst soll ein Lexikon erscheinen, das rund 50 Wiener Kunstsammlungen aus dem 17. bis 20. Jahrhundert aufarbeitet. Schützes Publikationsliste ist lang, er hat reichlich Auslandserfahrung, darunter an der kanadischen Queen's University sowie der renommierten Bibliotheca Hertziana in Rom, und war Dekan der zweitgrößten Fakultät der Universität Wien. Management kann er also auch.

Dass seine Wahl dennoch überraschend kam, liegt nicht an seiner Kompetenz, sondern an seiner Konkurrenz. Dazu muss man verstehen, wie die Rektorswahl abläuft: Eine Findungskommission, die zu gleichen Teilen aus Mitgliedern des (je zur Hälfte von Regierung und Universität bestimmten) Universitätsrats und des (von Universitätsangehörigen gewählten) Senats besteht, scoutet Kandidatinnen und Kandidaten und präsentiert einen Dreivorschlag. Das geschah im Februar. Schütze stand nicht darauf, dafür aber Oliver Vitouch, Rektor der Universität Klagenfurt, Barbara Schober, Dekanin der Fakultät für Psychologie der Universität Wien, sowie der deutsche Mediziner Matthias Tschöp. Letzterer zog seine Bewerbung zurück.

Der Senat übernahm diesen Dreivorschlag, und füllte den offenen Platz mit Schütze, wobei diese Entscheidung keineswegs einstimmig fiel. Der Gleichbehandlungsausschuss erhob - erfolglos - Einspruch, man hätte als dritten Namen gerne eine Frau gesehen. Das letzte Wort hat jedoch der neunköpfige Universitätsrat, der in seiner Sitzung am Samstag aus diesem Dreivorschlag Schütze einstimmig wählte. "Er war von Anfang an ein starker Kandidat", sagt die Universitätsratsvorsitzende Eva Nowotny. Warum wurde nicht erstmals in 657 Jahren Universitätsgeschichte, nach 616 Männern an der Spitze, eine Frau gewählt? "Wir müssen keine gläserne Decke durchbrechen", sagt Nowotny. Die TU, die Boku, die WU -es gebe bereits Rektorinnen in Österreich. Theoretisch kann der Gleichbehandlungsausschuss das Wahlergebnis noch beeinspruchen; eine Schiedskommission müsste dann vermitteln.

Auch inhaltlich verspricht Schütze Kontinuität: Große Strukturreformen plant er, anders als Schober, nicht; spätestens im Juni wird er seine Personalvorschläge für das vierköpfige Vizerektorat präsentieren, die der Universitätsrat gutheißen muss. Anders als bei Vitouch rechnet niemand mit einem rundum erneuerten Team. Dafür aber mit allerhand unangenehmen Entscheidungen. Wegen Inflation und steigender Energiepreise muss die Universität mehrere Millionen Euro jährlich einsparen. Wie viel Kontinuität Schütze sich leisten können wird, ist also eine Frage, die er noch nicht beantworten kann.

Dass nach dem Mathematiker Heinz Engl (2011-2022) und dem Wirtschaftswissenschaftler Georg Winckler (2000-2011) nun wieder ein Geisteswissenschaftler Rektor ist, freut an der Uni so manche

Die philologisch-kulturwissenschaftliche Fakultät, an der unter anderem die Sprachen beheimatet sind, ist schließlich die größte. Schütze will zudem die Lehre stärken

"falter.at" gefunden am 03.05.2022 17:21 Uhr Von: Benedikt Narodoslawsky, Gerlinde Pölsler

## Voll verbaut

### **Österreich verliert Tag für Tag wertvollen Boden. Auf dem Spiel steht viel mehr als die Erhaltung des Landschaftsidylls**

Jährlich wird in Österreich eine Fläche in der Größe von Eisenstadt verbaut (Foto: ÖHV)

Innsbruck, 22. April. Eine Trommlergruppe führt hunderte Menschen durch die Innenstadt. „As langat!“, steht auf ihren Protestschildern, und: „Schluss mit exzessivem Bodenverbrauch und -versiegelung!“ Sie demonstrieren gegen die „Gletscherehe“: Die Seilbahnbetriebe aus dem Pitztal und Ötztal wollen ihre Skigebiete miteinander verschmelzen, durch ein „attraktives Großskigebiet“ versprechen sie sich „die wirkungsvollste Wirtschaftsförderung“ für zwei Tiroler Täler, die vom Tourismus leben. In der unberührten Gletscherlandschaft sollen ein Seilbahncentrum, Restaurants, Bars, ein asphaltierter Speicherteich und ein Tunnel entstehen. Der WWF zählt das Projekt in seinem 2021 erschienenen Bodenreport zu den Paradebeispielen für Österreichs exzessiven Flächenverbrauch. 64 Hektar würde die Natur allein an die neuen Pisten verlieren, 35.000 Kubikmeter Beton sollen verbaut werden.

Der pensionierte Lehrer Gerd Estermann zettelte den Protest an, seine Bürgerinitiative Feldring hat sich dem Erhalt der Tiroler Naturlandschaft verschrieben. „In Tirol stehen nur zwölf Prozent der Landesfläche für eine Dauerbesiedelung zur Verfügung. Dessen ungeachtet werden laufend Genehmigungen für Hotelkomplexe, Chaletdörfer und Einkaufszentren erteilt“, sagt er auf der Demo. „Schreitet der Flächenverbrauch in diesem Tempo weiter voran, dann ist das Inntal bis 2050 durchgehend verbaut.“

Der Zusammenschluss der beiden Skigebiete ist zu einem Symbol für den Flächenverbrauch im Land geworden. Rund 168.000 Menschen haben die Petition gegen die Gletscherehe auf der Plattform Mein-Aufstehn unterschrieben. Auf dem vollbetonierten Eduard-Wallnöfer-Platz vor der Landesregierung rollen die Aktivisten die Liste der Unterstützer aus, auf der kleingedruckt die Namen stehen. Sie ist 18 Meter lang.

Es ist die erfolgreichste Petition von Mein-Aufstehn aller Zeiten – und sie liegt im Trend. „Wir merken das auch auf unserer Petitionsplattform: Bodenversiegelung, der Schutz von Grünflächen sowie Klimaschutzmaßnahmen ganz allgemein sind sehr häufige Themen bei lokalen und regionalen Petitionen“, teilt Mein-Aufstehn mit.

Im ganzen Land haben sich Bürgerinitiativen formiert, um den Bodenverbrauch in ihrer Region zu stoppen. Da ist die Kärntner Bürgerinitiative „Rett' ma die Schütt“, die sich gegen den Bau eines Logistikzentrums in Villach neben einem Natura-2000-Schutzgebiet einsetzt.

Oder die Klimaschutzplattform „Da Huat brennt“, die in Oberösterreich gegen den „massiven Flächenfraß“ der Steyrer Westspange mobilisiert. In Niederösterreich wehrt sich die Bürgerinnen Initiative Gablitz gegen die Verbauung der Dorfweiese im Ort. Und im steirischen Gleisdorf wollen die Bürger von „Wake up Gleisdorf“ verhindern, dass ihre Stadt weitere Grünflächen rund um den Ort versiegeln lässt.

Boden ist mehr als Dreck. Er ist die Basis unserer Ernährung, bietet Lebensraum für Tiere und Pflanzen, bindet Kohlenstoff und speichert Wasser. Wo Boden verlorengeht, beschleunigt sich das Artensterben, mehren sich Hochwasserereignisse, leidet das Klima und sinkt die Ernährungssicherheit. Das Umweltbundesamt führt Statistik über Österreichs Flächeninanspruchnahme.

Darunter versteht es nicht nur die versiegelten Flächen, sondern insgesamt den „Verlust biologisch produktiven Bodens“ – etwa durch Verbauung für Siedlungs- und Verkehrszwecke. Fast ein Fünftel des Dauersiedlungsraums – also jener Fläche, die in Österreich tatsächlich für Landwirtschaft, Siedlung und Verkehrsanlagen genutzt werden kann – gilt als verbaut.

Und es wird stetig mehr: Österreich verliert jeden Tag 11,5 Hektar an wertvollem Boden, umgerechnet 440 Tennisfelder. Übers Jahr verbraucht Österreich damit eine Fläche von rund 42 Quadratkilometern, das entspricht etwa der Größe von Eisenstadt.

Einer der Hauptgründe dafür: eine verfehlte Raumplanung. Und kaum irgendwo wird das sichtbarer als an den asphaltierten Einkaufszentren, die heute am Rand vieler Gemeinden wuchern.

„Wir haben damit unsere Ortskerne zerstört“, sagt Gernot Stöglehner, Leiter des Instituts für Raumplanung an der Universität für Bodenkultur in Wien. „Bauen ist auf der grünen Wiese einfacher und billiger“, erklärt er, „man muss sich nicht mit Nachbarn und dem Bestand auseinandersetzen, man kann machen, was einem in den Sinn kommt.“

22. April, Shopping City Seiersberg. Österreichs drittgrößtes Einkaufszentrum feiert wieder eine Neueröffnung. Zur Einweihung der neu gebauten Freiluftterrasse für 300 Gäste sind die Starmoderatoren Silvia Schneider und Willi Gabalier angereist, die Band Die Draufgänger spielt auf.

Sieben Tage die Woche, „ja, auch sonntags“, kann man dort nun Burger und Pizza essen, wie die Einkaufszentrumseigentümer Christian Guzy und Martin Klein verkünden. Man Sorge damit „für einen Mehrwert für die gesamte Region“. Für die Unternehmer ist die Shopping City mit ihren 180 Geschäften aus allen Branchen „der Himmel auf Erden“. Allein der Media Markt ist laut Werbung „so groß wie ein Fußballfeld und größer als die Grazer Stadthalle“.

Dabei hätte das Einkaufszentrum laut Kritikern nie so monumental gebaut werden dürfen, doch Anwälte nutzten alle rechtlichen Tricks. Zweimal hob das Höchstgericht Verordnungen und Gesetze die Shopping City betreffend als verfassungswidrig auf. Statt eigentlich erlaubter 5000 Quadratmeter Verkaufsfläche sind in Seiersberg nun 74.000 rechters. Als letzte Exitstrategie stülpte die Landesregierung eine Einzelstandortverordnung, eine Art rechtliche Käseglocke, über das Einkaufszentrum. Die steirischen Grünen haben deswegen nur einen Tag vor dem Terrassenspektakel Anzeige wegen Amtsmissbrauchs gegen zwei Landesräte und zwei Beamte eingebracht.

Auch aktuell fahren in Seiersberg-Pirka, wie die Gemeinde seit ihrer Fusion heißt, überall die Bagger, laufen Mischmaschinen und klopfen Arbeiter Pflastersteine in den Boden. Die Gemeinde wächst am stärksten von allen Orten im Grazer Speckgürtel. Einfamilienhäuser, Reihenhäuser, ganze Siedlungen schießen aus dem Boden.

Der Bürgermeister, glaubt Wolfgang Cencic, grüner Gemeinderat in Seiersberg-Pirka, versuche den Bauboom inzwischen etwas zu bremsen. „Aber wenn einer gewisse Jahre im Amt ist, dann wird er zum Freund der Investoren, ob er will oder nicht.“ Auch fehle es an einer zentralen Planungsstelle. Sein Vorschlag: „Man muss den Bürgermeistern das Portfolio entziehen, was gewidmet wird oder nicht.“

Dagegen verwarft sich SPÖ-Bürgermeister Werner Baumann. Dass sein Vorgänger die Entstehung der Shopping City vorangetrieben hat, versteht er, schließlich biete sie heute 2000 Arbeitsplätze. Nur ganz so groß, meint er, hätte sie nicht zu werden brauchen.

Aber auch Baumann selbst räumt ein: „Als Bürgermeister ist man nicht mehr Herr der Lage.“ Viele Grundstücke wurden schon in den letzten Jahrzehnten in Bauland umgewidmet. Jetzt, da die Nachfrage so hoch sei, würden sie in kurzer Zeit „konsumiert“, sagt er.

Baumann wünscht sich selbst strengere Gesetze. „Auch um die Bürgermeister zu schützen. Unser Baugesetz lässt viel mehr zu, als viele Bürgermeister wollen.“ Jetzt seien diese immer Getriebene. „Zu einer Bauverhandlung“, erzählt er, „kommt ein Bauwerber heute schon mit Juristen, Architekten und Sachverständigen, und die wollen dir gleich einmal erzählen, was alles möglich ist.“ Als Bürgermeister, der Verbesserungen durchsetzen will, habe man schlechte Karten.

Die Raumordnung brauche deshalb ein Bundesrahmengesetz, fordert auch Klaus Richter von der steirischen Ziviltechnikerkammer: „Die Bürgermeister wissen oft sehr wohl, was fachlich gut wäre.“ Sie müssten aber um Einwohner und Wählerstimmen, um Unternehmen und damit Einnahmen kämpfen, so Richter.

Angelt sich eine Gemeinde einen Betrieb, so erhält sie die gesamten Kommunalsteuereinnahmen für sich allein. Die Kosten tragen jedoch auch die Anrainergemeinden, etwa wenn plötzlich viel mehr Autos durch ihren Ort brausen oder ihre eigenen Ortszentren veröden, weil nun alles zum Einkaufen ins Shoppingcenter pilgert. Ein Beispiel, wie man es anders machen kann, liefert das Modell der Inkoba („Interkommunale Betriebsansiedlung“).

Seit fast 20 Jahren arbeiten etwa die 27 Gemeinden des Bezirks Freistadt im oberösterreichischen Mühlviertel in einer solchen Gemeinschaft zusammen. Über anstehende Betriebsansiedlungen entscheiden alle zusammen, die Einnahmen aus der Kommunalsteuer teilen sich alle auf.

„Sobald die notwendige Umwidmung mehr als 5000 Quadratmeter umfasst, muss sich die Gemeinde mit den anderen abstimmen“, erklärt Günter Lorenz, Bürgermeister von Rainbach im Mühlkreis und Obmann der Inkoba Region Freistadt.

Was an Kommunalsteuern im Bezirk auf Inkoba-Standorten zusammenkommt, wird nach den Einwohnerzahlen auf die Gemeinden aufgeteilt. Die Standortgemeinde erhält für „ihre“ Betriebe einen Bonus von 20 Prozent. „Durch dieses Modell“, sagt Lorenz, „ist das Konkurrenzdenken bei uns ausgeschaltet.“ In Oberösterreich arbeiten schon zwei Drittel aller Gemeinden in einer von 29 Inkobas zusammen.

Die autozentrierte Politik gilt als weiterer Treiber der Bodenversiegelung. Im Gegensatz zum Flächenverbrauch versteht man unter Bodenversiegelung jene Fläche, die tot unter Asphalt und Beton begraben liegt. Acht Prozent des heimischen Dauersiedlungsraums sind bereits versiegelt.

Das Ziel in der Nachhaltigkeitsstrategie 2002 des Bundes, die Versiegelung bis 2010 auf ein Zehntel zu drosseln, wurde komplett verfehlt. Während sich der Flächenverbrauch im vergangenen Jahrzehnt zumindest halbiert hat, bleibt die Versiegelung seit 20 Jahren nahezu konstant bei rund 20 Quadratkilometern pro Jahr.

Im Nordosten von Wiener Neustadt spaziert Georg Panovsky über eine Löwenzahnwiese zur Warmen Fische. Der Bach ist Teil des Naturschutzgebiets Natura 2000. Wo die Schmetterlinge flattern und die Vögel zwitschern, soll bald eine breite Straße asphaltiert werden. „Eine völlige Niederlage für den Naturschutz“, sagt Panovsky.

An der Böschung hat jemand ein Plakat gespannt, man sieht aufgemalte bedrohliche Autos neben einer blühenden Wiese, dazu die Forderung „Stopp der Ostumfahrung! Stopp der Bodenversiegelung!“ Panovsky engagiert sich für die Plattform „Vernunft statt Ostumfahrung“, die rund 4800 Menschen unterstützen. Mit der Umfahrung soll ein 11,5 Meter hohes Bauwerk durch die Landschaft gezogen werden.

18 Hektar Fläche wird es brauchen, davon werden fünf dauerhaft versiegelt. „Diese Naherholungswege für Wiener Neustädter fürs Radeln oder Laufen sind Geschichte“, sagt Panovsky bitter. Die Verkehrsentlastung der Ortsumfahrung sei im Bewilligungsverfahren gar nicht bewiesen worden. Dennoch hält die Stadt am Straßenprojekt fest. Die Umfahrung bringe eine Verbesserung des Durchzugsverkehrs, heißt es von der Stadtregierung.

Laut einer Statistik des Umweltbundesamts hat Wiener Neustadt von allen Städten Österreichs den höchsten Flächenverbrauch, das hat der Stadt den Ruf als „Betonhauptstadt Österreichs“ eingebracht. Was ist da passiert?

Die Stadt verweist auf ihre aktuellen Bemühungen, gegen den Bodenverbrauch vorzugehen. Erst vor wenigen Wochen haben ÖVP, SPÖ und FPÖ einen Stadtentwicklungsplan beschlossen, der Bauprojekte am Stadtrand künftig verhindern soll. Der zweifelhafte Betonierer-Ruf hat laut dem Sprecher der Stadt auch mit einem Fehler in der Statistik zu tun: So zähle eine große Fläche

am Flugplatz West dabei etwa als bebaute, versiegelte Fläche, obwohl sie unversiegelt sei. Vor allem aber ist die Bevölkerung in den vergangenen drei Jahrzehnten von rund 35.000 auf etwa 47.000 gewachsen.

Wer durch Wiener Neustadt fährt, sieht: Viele konnten sich hier ihren Traum vom Einfamilienhaus erfüllen – mit entsprechenden Folgen. „Wir müssen die Orte kompakt halten und uns um eine maßvolle Dichte kümmern“, sagt Raumplanungsexperte Stöglehner. Er warnt vor dem alten Wunschbild eines freistehenden Einfamilienhauses. Dort könne der Versiegelungsgrad mit Garage, Zufahrt, Terrasse, Gartenhäuschen und Swimmingpool erheblich werden.

Mit dem fortschreitenden Flächenverbrauch und zunehmender Versiegelung steht auch Österreichs Selbstversorgung auf dem Spiel.

„150.000 Hektar an Äckern und Wiesen wurden in den letzten 30 Jahren aus der Produktion genommen“, sagt Mario Winkler von der Österreichischen Hagelversicherung. „Das entspricht der Agrarfläche des gesamten Burgenlandes.“ Die Selbstversorgung sei bereits bei vielen Nahrungsmitteln im Sinken. „Bei Brotgetreide können wir uns nur noch zu 88 Prozent selbst versorgen, bei Kartoffeln zu 80 Prozent. Bei Obst und Gemüse liegen wir bei 50 Prozent“, zählt Winkler auf. „Wir sind schon sehr verletzlich.“

Dazu kommen die erwarteten Ernterückgänge durch die Erderwärmung. Laut einer Studie der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (Ages) wird die „Bonität“ der Böden besonders im Osten und Südosten Österreichs teils dramatisch sinken: „Es ist davon auszugehen, dass bei den meisten derzeit bedeutenden Feldfrüchten nach 2030 keine Autarkie mehr gewährleistet werden kann, selbst wenn alle derzeit verfügbaren Bodenressourcen in der Produktion verbleiben.“

Um bis zu 19 Prozent würden die Erträge infolge längerer Trockenphasen und mehr Hochwasser in den kommenden 40 Jahren sinken. „Im Marchfeld könnte sich die Ernte durch zunehmende Hitzetage und Trockenheit sogar um bis zu 50 Prozent verringern, bis 2060 droht eine Unterversorgung z.B. bei Getreide, Mais oder Kartoffeln.“ Die besten Böden müssten daher für die Landwirtschaft geschützt werden.

Sich auf den Weltmarkt zu verlassen ist ein Risiko. Das zeigt derzeit nicht nur der Krieg in der Ukraine, der Kornkammer Europas, sondern auch der soeben erschienene Bericht „Global Land Outlook“ der Vereinten Nationen. Er zeigt: Gute Böden werden weltweit weniger. Bis zu 40 Prozent der Böden sind bereits geschädigt – und haben damit ihre ursprüngliche Fruchtbarkeit verloren.

Biobauer Josef Archan steht auf seinem Acker in Söding-St. Johann, dort, wo das Land Steiermark die „B70 neu“ hin asphaltieren will. Die Trasse soll die bisherige B70, die Packer Straße, entlasten. Sowohl die lärmgeplagten Anrainer als auch Wirtschaftsvertreter wünschen sich die neue Straße.

Sie würde aber mehrere von Archans Feldern durchschneiden, ein Zehntel des Grunds ginge verloren. 40 Grundbesitzer wären insgesamt betroffen. „Mehr als die Hälfte will aber ihre Grundstücke nicht hergeben“, sagt Archan. „Sie müssten uns also enteignen.“ Mittels Traktordemos haben die Bauern ihren Widerstand schon kundgetan.

Dass hier Autos brausen sollen, wo seit Jahrzehnten Weizen und Roggen wachsen, ist für Archan ein No-Go: „Es gibt hier ohnehin nur noch ganz wenige große zusammenhängende Ackerflächen.“ Und je zerfledderter diese sind, desto schwerer sind sie zu bewirtschaften.

Eine Million Euro hätten Sohn und Schwiegertochter investiert, sie wollen zusätzlich zum Getreideanbau Bioschweine züchten. Demnächst sollen die ersten einziehen. Doch wenn die Straße die Felder zerschneidet, müssen die jungen Archans mit dem Traktor große Umwege fahren. Außerdem fehlen ihnen dann die Flächen, um genug Getreide für ihre Schweine zu bekommen. „Und wo sollen sie diese Flächen sonst herkriegern?“

Bauern, die Gründe dazupachten wollen, müssen auch hier mit Handelsketten, Gewerbe und Reihenhaus-Errichtern in Konkurrenz treten. Nur 20 Kilometer von Graz entfernt, gehört

die Gegend noch zum Einzugsgebiet der Landeshauptstadt. Junge Paare lassen sich hier würfelförmige Fertigteilhäuser auf die Wiese stellen.

Viele Bauern oder deren Erben sperren den Betrieb zu und verkaufen. „Ein Quadratmeter Acker kostet hier circa zehn Euro“, weiß Archan, „aber sobald es als Bauland gewidmet ist, kann man das Zehnfache verlangen.“ In Graz-Umgebung gehen beste Ackerflächen locker um 300 Euro und mehr weg, je nach Lage und Autobahnnähe. Drei Millionen Euro für einen Hektar, auf einen Schlag – wie viele werden dieser Versuchung auf Dauer widerstehen können?

„Da haben wir das Glück, dass unser Sohn den Betrieb im Vollerwerb weiterführen will“, sagt Altbauer Josef Archan, „und jetzt das.“ F

Hektar an biologisch produktivem Boden verliert Österreich täglich

Prozent des heimischen Dauersiedlungsraumes sind bereits versiegelt

100–200

Jahre dauert es, bis sich ein Zentimeter Humus bildet

"aiz.info" gefunden am 03.05.2022 10:45 Uhr

## Internationale Vernetzung der besten Ideen für mehr Klimaschutz im Forst

### **Kwizda Agro lädt zum "Trico Forestry Campus" von 7. bis 9. Juni**

Wien, 3. Mai 2022 (aiz.info). - Eine internationale Vernetzung der besten Ideen hinsichtlich klimarelevanter Themen im Forstbereich strebt Kwizda Agro an. "Aktuelle Schadflächen nach Waldbränden und Borkenkäfer-Kalamitäten bieten die Chance, die Wälder mit ganzheitlichen Strategien klimafit und resilient wiederaufzuforsten. Dazu braucht es jedoch eine stärkere internationale Vernetzung der besten Ideen und einen intensiven Dialog aller Stakeholder", sagt die Leiterin des Geschäftsbereichs "New Technologies" bei Kwizda Agro, Catalina Bardewyk.

Das zeigte einmal mehr das "International Forest Policy Meeting" Ende April, das alle zwei Jahre vom European Forest Institute, von der Universität Wageningen und der Universität für Bodenkultur in Wien veranstaltet wird. Dabei wurden unter anderem die zahlreichen Effekte diskutiert, die der Klimawandel mit sich bringen wird. Für viele Herausforderungen bietet der Wald Lösungen: Er reduziert Schadstoffe und CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre, hat eine Schutzfunktion bei Extremwetterereignissen, ist eine nachwachsende Ressource und Lebensraum für zahlreiche Pflanzen und Tiere. Mit dem "Trico Forestry Campus" von 7. bis 9. Juni 2022 in Kitzbühel will Kwizda Agro zur internationalen Vernetzung der Forst-Stakeholder und ihrer Ideen beitragen.

"Mit der Veranstaltung wollen wir Expertinnen und Experten aus den Bereichen Forst- und Holzwirtschaft, Jagd, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft aus Nordamerika und Europa vernetzen. Dadurch soll das Wald- und Forstnetzwerk gestärkt und ein langfristiger Dialog über eine nachhaltige Waldentwicklung hin zu klimafitten Wäldern etabliert werden", sagt Bardewyk. (Schluss)

"ktn.gv.at" gefunden am 03.05.2022 12:48 Uhr

## Regierungssitzung 4 – Kärntner Klimastrategie vor Finalisierung

**LH Kaiser, LR.in Schaar und LR Gruber: Referatsübergreifender Beschluss zeigt Dringlichkeit des Klimaschutzes – Bericht über letzte Sitzung der erweiterten Steuerungsgruppe zur Klima-Agenda Kärnten – Nächster wichtiger Schritt ist Finalisierung der wissenschaftlich begleiteten Klimastrategie für Kärnten – Diese soll konkrete und messbare Ziele in den einzelnen Sektoren sowie kurz-, mittel- und langfristig enthalten**

Klagenfurt (LPD). Im Rahmen der heutigen Regierungssitzung wurde von allen Mitgliedern der Kärntner Landesregierung der aktuelle Bericht zur Klimaagenda Kärnten eingebracht und in weiterer Folge beschlossen. Daraus resultiert unter anderem die weitere Vorgehensweise in Bezug auf den Klimaschutz in Kärnten.

Für Landeshauptmann Peter Kaiser zeigt die Klimaagenda Kärnten erste Erfolge aus den referatsübergreifenden Bemühungen des Landes: „Der Bericht widerspiegelt die Anstrengungen und auch einige Erfolge des Landes Kärnten. Im Sinne der Enkelverantwortung sind hier noch einige weitere Herausforderungen zu bewältigen“, erklärte der Landeshauptmann, für den auch die wissenschaftliche Begleitung des Projekts bedeutend sei.

Klimaschutz-Landesrätin Sara Schaar berichtete über weitere Schritte im Rahmen der Klima-Agenda Kärnten. Dieses referatsübergreifende Steuerungssystem wurde bereits 2019 eingeführt, um den Klimaschutz auf Landesebene koordiniert voranzutreiben. „Die Klima-Agenda Kärnten stellt auch ein Bekenntnis zu den nationalen und internationalen Klimazielen dar. Weil Klimaschutz eine Querschnittsmaterie ist und daher alle Abteilungen im Amt der Kärntner Landesregierung betrifft, arbeiten wir gemeinsam in entsprechenden Gremien an klimarelevanten Maßnahmen. Anfang April kam die erweiterte Steuerungsgruppe zur Klima-Agenda zusammen, um die nächsten essenziellen Schritte zu besprechen“, so Schaar.

Landesrat Martin Gruber sagte, die Dringlichkeit des Klimaschutzes sei allen Mitgliedern der Landesregierung bewusst. „Kärnten kann und wird einen verantwortungsvollen Beitrag zum Klimaschutz leisten.“ Gerade auch im Bereich der Land- und Forstwirtschaft werde eine Reihe von Maßnahmen diesbezüglich umgesetzt, die zu messbaren Treibhausgasreduktionen führen. „In dieser Legislaturperiode ist außerdem das Bus- und Bahnangebot in Kärnten bereits massiv ausgebaut worden“, so Gruber. Ein Fortschrittsbericht zum Kärntner Wasserstoffprojekt sei ebenso in der heutigen Regierungssitzung beschlossen worden. „Es muss unser Ziel sein, Klimapolitik und Standortpolitik in Einklang zu bringen“, so Gruber.

Im Rahmen der Sitzung der Steuerungsgruppe berichteten Klima-Expertin Helga Kromp-Kolb (BOKU) und Klima-Experte Karl Steininger (Uni Graz) über den Status quo der Erarbeitung einer Kärntner Klimastrategie, die wissenschaftlich begleitet wird. „Ein ganzes Team an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist derzeit – in engem Austausch mit den Fachabteilungen des Landes – mit der Erarbeitung einer Kärntner Klimastrategie beschäftigt. Die wissenschaftlichen Ergebnisse sollen noch vor dem Sommer vorliegen, im Herbst soll die Klimastrategie für Kärnten in der Landesregierung beschlossen werden“, informierte Schaar. „Durch die wissenschaftliche Begleitung wird dargelegt, ob die vom Land Kärnten bereits gesetzten Maßnahmen zum Erreichen der Klimaschutzziele wirken und ob es da und dort einer Nachjustierung bedarf. Bestehende Ziele werden auf ihre Aktualität hin überprüft, die größten Herausforderungen und Lösungsansätze definiert.“ Es werden ebenso konkrete und messbare Zielpfade für Kärnten – in den einzelnen Sektoren sowie kurz-, mittel- und langfristig – skizziert.

In der Steuerungsgruppe war auch der Bericht des Kärntner Landesrechnungshofes und dessen Schlussempfehlungen Thema. Schaar: „Die Anregungen des Landesrechnungshofes wurden

eingehend besprochen und werden auch in die Klimastrategie eingearbeitet.“ Die Klimastrategie wird außerdem die Basis für den nächsten Zwischenbericht zur Klima-Agenda sein, den Schaar für den Winter in Aussicht stellt. „Alle Regierungsmitglieder arbeiten gemeinsam daran, Kärntens Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz noch weiter auszubauen. Was wir dabei niemals aus den Augen verlieren, ist folgendes: Jede Maßnahme im Bereich Klimaschutz muss sozial gerecht sein, damit alle Menschen aktiv dazu beitragen können“, so Schaar abschließend.

Rückfragehinweis: Regierungsbüros

Redaktion: Pichler/Rauber

"proholz.at" gefunden am 03.05.2022 21:48 Uhr Von: Anne Isopp

## Care for Paris Wald – Holz – Klima

### **erschienen in zuschnitt 77 Brandrede für Holz, März 2020**

Welchen Beitrag leisten der österreichische Wald und das daraus entnommene Holz zum Klimaschutz und zur Erreichung der Pariser Klimaziele? Wissenschaftler der Universität für Bodenkultur Wien (BOKU), des Bundesforschungszentrums für Wald (BFW), des Kompetenzzentrum Holz GmbH (Wood K plus) und des Umweltbundesamtes untersuchten gemeinsam anhand von unterschiedlichen Szenarien die Auswirkungen des Klimawandels bis 2150.

Wir ließen uns von den beteiligten Experten – Klemens Schadauer (BFW), Martin Braun und Peter Schwarzbauer (BOKU und Wood K plus), Peter Weiss und David Fritz (Umweltbundesamt) – die Resultate persönlich erklären. Ihre wichtigsten Aussagen haben wir hier für Sie zusammengestellt.

Beitrag des Waldes und der Holznutzung zum Klima

Das Zusammenspiel von Waldwachstum, Holznutzung und vermiedenen Treibhausgas-Emissionen durch Holzprodukte führen zu einer positiven Treibhausgasbilanz.

Senkenwirkungen durch Wald und Holznutzung

in Kohlendioxid-Äquivalent (CO<sub>2</sub>e)

Unterschiedliche Szenarien

Vorratsentwicklung

Eine an den Klimawandel angepasste Bewirtschaftung des Waldes ist ein wichtiger Beitrag zur Lösung der Klimakrise.

Der Wald kann nicht unendlich wachsen und dementsprechend nicht beliebig Vorrat aufbauen. Selbst im Szenario Vorratsaufbau wird ein Maximum erreicht. Werden die Pariser Klimaziele nicht eingehalten, sorgen die daraus resultierenden Folgen vor allem ab 2060 für einen Zuwachs- und Vorratsrückgang. Das heißt aber auch, dass der Wald auf die Einhaltung der Pariser Klimaziele und die Dekarbonisierung des Wirtschaftssystems angewiesen ist.

Kohlenstoffspeicherung/-emissionen des Waldes

Die Entwicklung von Zuwachs und Nutzung beeinflusst die Kohlenstoff-Senkenwirkung des Waldes.

Diese Senkenwirkung ist in allen Szenarien zeitlich begrenzt und zudem reversibel. Der Wald wird langfristig in allen Szenarien zur Kohlenstoffquelle. Bereits in den letzten Jahren haben Kalamitäten und entsprechend große Schadholzmengen die Verletzbarkeit des Waldes verdeutlicht. Nur wenn wir die Pariser Klimaziele einhalten und den Wald weiterhin nachhaltig bewirtschaften, kann er einen positiven Beitrag zur Treibhausgas-Bilanz leisten (Szenario moderater Klimawandel).

Kohlenstoffspeicherung in Holzprodukten

Je mehr und je länger wir Holz nutzen, desto größer wird der Kohlenstoffspeicher in den Holzprodukten.

Durch die Verwendung von Holzprodukten können der Kohlenstoffspeicher und mit ihm die Senkenwirkung vergrößert werden. Aber auch Holzprodukte haben eine begrenzte Lebensdauer, am Ende geben sie den gespeicherten Kohlenstoff wieder in die Atmosphäre ab. Einen dauerhaften, maßgeblich treibhausgas-mindernden Effekt gibt es dann, wenn fossile Rohstoffe durch Holzprodukte ersetzt werden.

## Vermiedene Emissionen durch Ersatz fossiler Materialien mit Holz

Durch die Verwendung von Holzprodukten werden dauerhaft Emissionen vermieden.

Holz hat einen großen Treibhausgas-Vorteil gegenüber fossilen Materialien. Das bedeutet aber auch, dass bei einer Nutzungsreduktion im Wald zur Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Senkenwirkung das Material zur Holzverwendung fehlt. In weiterer Folge kommen andere Materialien zum Einsatz, die einen größeren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck haben. In den nächsten Jahrzehnten werden erneuerbare Energien im Energiemix in der Emissionsberechnung den Kohlenstoff-Fußabdruck der fossilen Materialien verringern und damit den Treibhausgas-Vorteil von Holz gegenüber diesen Materialien.

### Fazit

Der österreichische Wald, dessen Bewirtschaftung und die stofflich und energetisch verwendeten Holzprodukte spielen eine wichtige Rolle in der Treibhausgas-Bilanz. Die Senkenwirkung des Waldes ist jedoch begrenzt. Der größere Hebel für den Klimaschutz ist der Ersatz fossiler Rohstoffe und Energieträger durch Holz (stofflich und energetisch) sowie die damit vermiedenen Emissionen. Es ist dringend notwendig, die Pariser Klimaziele einzuhalten, weil stärkere Klimawandelfolgen die Treibhausgas-Bilanz des Waldes deutlich verschlechtern werden und der Wald zusätzlich zum atmosphärischen Treibhausgasanstieg beitragen wird. Zudem macht eine Reduktion des Holzvorrats und der Holznutzung durch Klimawandel und -anpassung die ersatzweise Verwendung von fossilen Rohstoffen notwendig und erhöht auch derart die fossilen Treibhausgas-Emissionen.

verfasst von

Anne Isopp

ist freie Architekturjournalistin. Sie studierte Architektur an der TU Graz und TU Delft und Qualitätsjournalismus an der Donau Universität Krems. Sie war von 2009 bis 2020 Chefredakteurin der Zeitschrift Zuschnitt.

Erschienen in

Im Brandfall ist Holz berechenbar. Im Brandfall schützt Holz sich selbst. Diese Gewissheit spiegelt sich in den gelockerten Brandschutzvorschriften für den modernen Holzbau wider. Damit wird das Bauen mit Holz immer sicherer und einfacher, und das ist gut so.

8,00 €

*2% der jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen in Österreich werden in Holzprodukten gespeichert. 10% vermiedene Emissionen, die durch den Einsatz von Holz anstelle fossiler Materialien erst gar nicht anfallen. Quelle: Zahlen von 2017, Umweltbundesamt GmbH: Austria's Annual Greenhouse Gas Inventory 1990 – 2017. Submission under Regulation (EU) No 525/2013, Wien 2019; CareForParis, BFW Praxisinfo*

*2% der jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen in Österreich werden in Holzprodukten gespeichert. 10% vermiedene Emissionen, die durch den Einsatz von Holz anstelle fossiler Materialien erst gar nicht anfallen. Quelle: Zahlen von 2017, Umweltbundesamt GmbH: Austria's Annual Greenhouse Gas Inventory 1990 – 2017. Submission under Regulation (EU) No 525/2013, Wien 2019; CareForParis, BFW Praxisinfo*

*2% der jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen in Österreich werden in Holzprodukten gespeichert. 10% vermiedene Emissionen, die durch den Einsatz von Holz anstelle fossiler Materialien erst gar nicht anfallen. Quelle: Zahlen von 2017, Umweltbundesamt GmbH: Austria's Annual Greenhouse Gas Inventory 1990 – 2017. Submission under Regulation (EU) No 525/2013, Wien 2019; CareForParis, BFW Praxisinfo*